Beschlussempfehlungen und Berichte

der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Beschlussempfehlung des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen	
1. Zu	
a) dem Antrag des Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP und den Stellungnahmen des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen – Drucksache 17/50 und 17/387 – Nachfragen zum Artikel „Ein gut versorgter Abgeordneter“	4
b) dem Antrag der Abg. Julia Goll u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen – Drucksache 17/844 – Besetzungen von Spitzenämtern bei der Polizei	4
Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen	
2. Zu dem Antrag des Abg. Emil Sänze u. a. AfD und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Drucksache 17/194 – Perspektiven des Bauvorhabens Justizvollzugsanstalt (JVA) Rottweil im Mai 2021	10
3. Zu dem Antrag des Abg. Nicolas Fink u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Drucksache 17/761 – Ruhestandsregelungen für Landesbeamte	11
4. Zu dem Antrag des Abg. Frank Bonath u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Drucksache 17/774 – Denkmalschutz bei Landesliegenschaften	11
5. Zu dem Antrag des Abg. Gernot Gruber u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Drucksache 17/1085 – Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) auf Landesgebäuden	12
6. Zu dem Antrag der Abg. Jonas Weber und Nicolas Fink u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Drucksache 17/1154 – Rückzahlung zu Unrecht erhobener Gebühren durch die Banken an die Kontoinhaber	14

	Seite
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst	
7. Zu dem Antrag des Abg. Dennis Birnstock u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus – Drucksache 17/878 – Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) in Baden-Württemberg	15
Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	
8. Zu	
a) dem Antrag des Abg. Dr. Stefan Furst-Blei u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus – Drucksache 17/464 – Ausbildungssituation und Ausbildungsgarantie in Baden-Württemberg	17
b) dem Antrag des Abg. Hans Dieter Scheerer u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus – Drucksache 17/877 – Ausbildungssituation und Ausbildungsgarantie in Baden-Württemberg – Ergänzung zu Drucksache 17/464	17
9. Zu dem Antrag der Abg. Hans Dieter Scheerer und Dr. Hans-Ulrich Rülke u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Staatsministeriums – Drucksache 17/554 – Strukturen und Akteure der Innovationspolitik des Landes Baden-Württemberg	20
10. Zu dem Antrag des Abg. Nikolai Reith u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus – Drucksache 17/1043 – Pressearbeit des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	21
Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	
11. Zu dem Antrag des Abg. Raimund Haser u. a. CDU und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/881 – Wegebau im Wald	23
12. Zu dem Antrag der Abg. Georg Heitlinger und Klaus Hoher u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/894 – Potenziale des Carbon Farming für eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft und den Klimaschutz	23
13. Zu dem Antrag der Abg. Klaus Hoher und Rudi Fischer u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/984 – Zukunft der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter (CVUA) und des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamts (STUA) Aulendorf – Diagnostikzentrum	25
14. Zu dem Antrag des Abg. Hans-Peter Storz u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/1040 – Einstufung von Wildtieren als jagdbar gemäß Jagd- und Wildtiermanagementgesetz sowie Durchführungsverordnung	26

	Seite
15. Zu dem Antrag des Abg. Jan-Peter Röderer u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/1251 – Umsetzung und Erfolg des Antibiotikaminimierungskonzepts der Bundesregierung im Land	27
16. Zu dem Antrag der Abg. Klaus Hoher und Frank Bonath u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/1262 – Angebotsverfahren zur Errichtung von Windenergieanlagen auf Flächen von ForstBW (ForstBW-Angebotsverfahren: 01/2021)	28
17. Zu dem Antrag der Abg. Sarah Schweizer u. a. CDU und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/1263 – Drohnengebundene Rehkitzrettung in Baden-Württemberg	30
18. Zu dem Antrag des Abg. Klaus Burger u. a. CDU und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/1324 – Deutsch-französisches Projekt „Grenzenlos nachhaltig“	31
Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Landesentwicklung und Wohnen	
19. Zu dem Antrag des Abg. Friedrich Haag u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen – Drucksache 17/775 – Entwicklungen beim Denkmalschutz bei Gebäuden außerhalb des Landesbesitzes	32
20. Zu dem Antrag des Abg. Klaus Ranger u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen – Drucksache 17/1022 – Struktur und Ausstattung des Denkmalschutzes in Baden-Württemberg	33

Beschlussempfehlung des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

1. Zu

- a) dem Antrag des Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP und den Stellungnahmen des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
– Drucksache 17/50 und 17/387
– Nachfragen zum Artikel „Ein gut versorgter Abgeordneter“
- b) dem Antrag der Abg. Julia Goll u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
– Drucksache 17/844
– Besetzungen von Spitzenämtern bei der Polizei

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP – Drucksachen 17/50 und 17/387 – und den Antrag der Abg. Julia Goll u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/844 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:
Gehring Hockenberger

Bericht

Der Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen beriet den Antrag Drucksache 17/50 sowie die hierzu ergangene ergänzende Stellungnahme der Landesregierung Drucksache 17/387, den Antrag Drucksache 17/844 und den Antrag Drucksache 17/1320 in seiner 6. Sitzung am 19. Januar 2022, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand. Da die Beratung dieser Anträge in öffentlicher Sitzung erfolgte, werden die Namen der Redner im Folgenden nicht anonymisiert.

Abg. Julia Goll FDP/DVP führte als Erstunterzeichnerin der Anträge Drucksachen 17/844 und 17/1320 sowie als Mitunterzeichnerin des Antrags Drucksache 17/387 aus, alle drei gemeinsam aufgerufenen Anträge zielten darauf ab, das Verfahren zur Besetzung von Spitzenämtern bei der Polizei zu beleuchten. Dabei werde gefragt, wer an diesen Auswahlverfahren in welcher Weise beteiligt sei und wie sich die Abläufe dabei insgesamt darstellten.

Im Konkreten gehe es auch um die Besetzung einer Inspekteurstelle bei der Polizei. Mit Fragen im Zusammenhang mit der betreffenden Person habe sich der Ausschuss bekanntlich bereits in einer früheren Sitzung befasst, als es um dessen Ernennung zum Vizepräsidenten des Landeskriminalamts gegangen sei. Nur sehr kurze Zeit darauf sei es dann bekanntlich zu einer weiteren, in diesem Fall gleich zwei Besoldungsstufen überspringenden Beförderung dieses Beamten gekommen. Dies halte ihre Fraktion für ungewöhnlich; und der Verweis auf die auch hier angeblich zum Tragen gekommene Bestenauslese erscheine als Erklärung etwas schwach.

Thematisiert würden daneben die in jüngster Zeit erhobenen konkreten Vorwürfe gegen den Inspekteur der Polizei, die nach ihrer Einschätzung auch im Ministerium wohl nicht für ganz abwegig gehalten würden. Aufgrund des laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens könne der Ausschuss hierzu nun selbstverständlich nicht detailliert informiert werden; dennoch sei ihre Fraktion der Meinung, dass das Parlament auch in dieser Phase nicht untätig bleiben sollte.

Weiter lege sie dar, zu Ziffer 9 des Antrags Drucksache 17/1320 habe das Ministerium die für ihre Fraktion in keiner Weise nachvollziehbare Antwort gegeben, es gebe aktuell keine Hinweise auf eine mögliche Einflussnahme des Inspektors auf Beurteilungen oder potenzielle Beförderungen aufgrund nicht fachlicher Kriterien. Die Anschuldigung, die nun im Raum stehe, habe doch genau diesen Vorwurf zum Inhalt; der Inspekteur habe nämlich, so der Vorwurf der Beamtin, die das angebliche Fehlverhalten angezeigt habe, ihr gegenüber im Kontext eines möglichen Laufbahnaufstiegs betont, er sei schließlich verantwortlich für Beurteilungen und Beförderungen.

In der Stellungnahme zu einem aktuellen Antrag mit ähnlicher Zielrichtung vonseiten der SPD-Fraktion heiße es nun ebenfalls, es gebe keinen rechtlichen Anlass für eine Überprüfung. Dies verwundere, sei sie doch davon ausgegangen, dass das Ministerium längst dabei sei, zu schauen, was insgesamt gelaufen sei. Immerhin sei der Inspekteur der Polizei zuständig für ca. 500 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte; sein Verantwortungsbereich erstreckte sich nämlich auf den gesamten höheren Polizeidienst sowie stufenunabhängig auf alle im Ministerium tätigen Beamtinnen und Beamten.

Die Funktion des Inspektors der Polizei bei der Besetzung von Spitzenämtern sei in der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 17/844 ausführlich dargelegt worden. Nach diesen Ausführungen ergebe sich der Eindruck einer sehr starken Stellung; sei dieser doch der in letzter Instanz Verantwortliche für die Sicherstellung der Einheitlichkeit der Beurteilungen gemäß der geltenden Verwaltungsvorschrift über die dienstliche Beurteilung.

Des Weiteren gehe es den Initiatoren der Anträge um eine Klärung möglicher weiterer Fälle; offenbar gebe es nämlich weitere Meldungen über Geschehnisse und Verdächtige. Wenn dabei viele Meldungen anonym erfolgten, sollte dies nach ihrem Dafürhalten Anlass sein, einmal nach den Ursachen dafür zu suchen, dass die Betroffenen eine namentliche Zuordnung vermeiden wollten.

Offensichtlich gebe es bislang keine zentrale Erfassung von Fällen sexueller Belästigung innerhalb der Polizei. Dies erstaune sehr, sei das Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ doch alles andere als neu.

In der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 17/1320 heiße es nun, es handle sich bei den Vorwürfen gegen den Inspekteur der Polizei um einen Einzelfall. Angesichts der fehlenden Erfassung könne hierzu im Grunde aber gar keine Aussage getroffen werden, sodass der Eindruck entstehe, seitens des Ministeriums solle von vornherein die Sache etwas heruntergespielt werden. Gegen solche Versuche wende sich ihre Fraktion ganz entschieden und halte an der Forderung nach vollständiger Aufklärung fest.

Sie machte deutlich, wenig Verständnis bringe ihre Fraktion auch auf, wenn es seitens des Ministeriums heiße, erst dann, wenn Ergebnisse des Straf- und des möglicherweise folgenden Disziplinarverfahrens vorlägen, sollten daraus gegebenenfalls weitere Maßnahmen innerhalb der Landespolizei abgeleitet werden. Sie sehe vielmehr guten Grund, bereits jetzt intensiv darüber nachzudenken, was an den polizeilichen Strukturen verändert werden müsste. Dies betreffe die Organisation, die Ausbildung und weitere Felder.

Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Nach ihrem Eindruck kämen die Informationen durch das Innenministerium scheinbarweise und vielfach nur über die Presse. Das finde sie geradezu desaströs; es gehe nicht an, dass Abgeordnete nicht direkt informiert würden, sondern die Informationen über die Medien abrufen müssten.

Abschließend resümierte sie, die Mosaiksteine, die nun nach und nach auftauchten, ließen es ihr fraglich erscheinen, ob die politisch Verantwortlichen tatsächlich gewillt seien, die Angelegenheit vollständig aufzuklären – und ob sie hierzu überhaupt in der Lage seien.

Abg. Sascha Binder SPD erklärte, seine Fraktion habe gemeinsam mit der Fraktion der FDP/DVP für diesen Tagesordnungspunkt die Öffentlichkeit der Beratung beantragt, weil zwischenzeitlich der Eindruck entstanden sei, dass vonseiten des Innenministeriums und der Polizei Interna nach außen gegeben würden und dass mehr mit den Medien gesprochen werde als mit den Parlamentariern. Dieser Zustand sei seines Erachtens nicht tragbar und müsse beendet werden. Sollte dies nicht erfolgen, hielt er mit Blick auf die seines Erachtens mangelnde Transparenz – und zwar ebenso in den vorangegangenen nicht öffentlichen Sitzungen – auch weitere parlamentarische Maßnahmen für geboten, um zu einem umfänglichen Bild zu gelangen.

Das in Rede stehende Thema betreffe das gesamte Parlament und darüber hinaus ohne Frage die gesamte Polizei und die Gesellschaft als Ganze. Zwischen dem, was in Verordnungen und Gesetzen stehe, und dem, was in der Praxis geschehe, sowie auch dem, was manche Annahmen über das betreffe, was in der Praxis geschehe, gehe die Schere sehr weit auseinander. Alle drei Ebenen müssten bei der parlamentarischen Befassung mit dem Problemkomplex jedoch berücksichtigt werden.

Unter Bezugnahme auf den Antrag Drucksache 17/50 legte er dar, ein Abgeordneter des Landtags habe der Presse gegenüber verlauten lassen, für ihn werde gesorgt, und diese Äußerung auch auf Nachfrage nie dementiert, sondern sogar präzisiert, es gebe Personen in der Führung der Landespolizei, die für ihn sorgen würden. Des Weiteren gebe es den Vorwurf gegenüber dem Inspekteur der Polizei, er habe seine Stellung im Kontext der Vergabe von Beurteilungen und Dienstposten und die sich daraus ergebene Machtstellung ausgenutzt. Aus diesem Gebaren sei nach seiner Auffassung der Schluss zu ziehen, dass es zumindest gewisse Allmachtsfantasien bei nicht ganz unwichtigen Führungspersonalitäten der Polizei und deren Umfeld gebe. Diesbezüglichen Phänomenen oder auch nur entsprechenden Vermutungen müsse jedoch entschieden entgegengewirkt werden.

In den letzten Wochen seien bei der Bürgerbeauftragten wie auch bei Abgeordneten Meldungen eingegangen, die Fragen zu Besetzungsverfahren betrafen. Dabei werde u. a. die Sorge geäußert, dass mit Öffentlichwerden der Vorwürfe gegen den Inspekteur der Polizei Beamtinnen und Beamte sich dem Verdacht ausgesetzt sehen könnten, von einer fragwürdigen Personalentscheidung profitiert zu haben, und dadurch auch im Kollegenkreis in ein schiefes Licht rücken könnten. Angesichts dieser Problematik sehe er umfänglichen Anlass für die Erwartung, das Innenministerium werde sich umgehend und sehr intensiv mit jedem dieser Hinweise beschäftigen und die jeweiligen Strukturen sorgfältig überprüfen.

Die Erwartung bei solchen Prüfungen werde selbstverständlich sein, zu belegen, dass rechtlich alles in Ordnung gewesen sei und die vermuteten Zusammenhänge nicht existierten. Sollten sich Hinweise auf ein Fehlverhalten in dieser Richtung allerdings verdichten, wäre es angeraten, die Problematik öffentlich zur Sprache zu bringen. Denn sobald ein Vorwurf Gestalt annehme, dass jemand seine Machtstellung in puncto Personalbesetzungen ausgenutzt habe – und dies gar in Zusammenhang mit Sexualdelikten – folge daraus zwangsläufig, dass auch andere, ob gewollt oder ungewollt, in eine heikle Lage geraten könnten. Von daher halte er es für eine absolute Selbstverständlichkeit, alle Anstren-

gungen zu unternehmen, um durch sorgfältige Prüfung zu einer Entlastung der Situation beizutragen.

In der Stellungnahme des Ministeriums werde klar zum Ausdruck gebracht, der Inspekteur lege nach Vorliegen der kompletten Beurteilungsübersicht die endgültige Beurteilung im Einzelfall fest, und erst daraufhin trete die Beurteilungskonferenz zusammen. Von daher sei dessen Position bei Personalentscheidungen alles andere als unwichtig.

Vor diesem Hintergrund erhebe er namens seiner Fraktion in Bezug auf die Vorwürfe gegen den Inspekteur der Polizei die Forderung nach Akteneinsicht und gehe davon aus, dass das Innenministerium hierzu bereit sei. Das hohe Gut des Persönlichkeitsschutzes wie auch des Opferschutzes sei ihm dabei bewusst; entsprechend sensible Daten könnten daher selbstverständlich geschwärzt werden.

Er bekräftigte abschließend, allein der Umstand, dass es aus den Reihen der Polizei offenbar Durchstechereien gebe, die dann Eingang in die Presseberichterstattung fänden, zeige, dass dort mitnichten alles in Ordnung sei. Angesichts der Dimension des Geschehens interessiere ihn auch, weshalb die Landespolizeipräsidentin nun in der laufenden Sitzung nicht anwesend sei.

Abg. Oliver Hildenbrand GRÜNE machte deutlich, es gehe bei den in Rede stehenden Verdächtigungen um die Frage von Machtmissbrauch, es gehe um sexuelle Belästigung und um andere Formen sexualisierter Gewalt – mithin um wirklich gravierende Vorgänge und um schwerwiegende Vorwürfe. Solche konkreten Fragestellungen habe er in den Beiträgen seiner beiden Vorredner jedoch vermisst; hier sei nach seinem Dafürhalten vieles vermischt worden.

Für ihn sei es äußerst wichtig, deutlich zu machen, dass mögliches Fehlverhalten genau beleuchtet werden müsse, dass für größtmögliche Aufklärung gesorgt werden müsse und dass die konkret im Raum stehenden Vorwürfe ernst genommen werden müssten und ihnen mit größter Aufmerksamkeit nachzugehen sei. Mit aller Konsequenz müsse beleuchtet werden, inwiefern nun etwas sichtbar werde, was nicht geduldet werden dürfe. Seine Fraktion unterstütze aus dieser klaren Haltung heraus nachdrücklich alle Bemühungen im Innenministerium und im Landespolizeipräsidium, die geeignet seien, die erforderliche Aufklärung voranzubringen und eine konsequente Aufarbeitung zu ermöglichen.

In der Pressemitteilung des Innenministeriums vom 23. November 2021 sowie in dem am selben Tag versandten Mitarbeitendenbrief der Landespolizeipräsidentin an alle Beschäftigten der Polizei in Baden-Württemberg seien klare Botschaften formuliert worden, und zwar verbunden mit der eindringlichen Aufforderung: „Schauen Sie hin; schauen Sie nicht weg!“ Genau darum gehe es; denn damit sei die Hoffnung verbunden, dass betroffene Frauen ermutigt werden könnten, ihr Schweigen zu brechen und sich zu wehren.

Daraus abgeleitet habe seine Fraktion die Erwartung, dass sich strukturell tatsächlich etwas ändere, wenn das Ausmaß des Problems sichtbar gemacht werde. Jeder neu gemeldete Fall erschüttere und schmerze, aber dies sei jeweils auch ein Hinweis darauf, dass die Aufklärung vorankomme, und es trage, so seine Hoffnung, dazu bei, ähnliche Fälle in der Zukunft zu vermeiden.

Es gehe darum, von der Vorstellung wegzukommen, sexuelle Belästigung sei allein ein Problem der konkret betroffenen Person. Wenn Übergriffe ans Tageslicht kämen, sei es gesamtgesellschaftliche Verantwortung, einzugreifen und konsequent zu handeln.

Eine weitere Problematik liege seines Erachtens in dem noch immer bestehenden Machtgefälle zwischen Frauen und Männern, das sexuelle Belästigung begünstige. Echte Chancengleichheit für Frauen komme nicht von allein; dies sei eine für alle Gesellschaftsbereiche relevante Aufgabe. Insbesondere gelte dies

Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

in einer für das Gemeinwesen so bedeutsamen Institution wie der Polizei. Sei auch jeder einzelne Anlass für sich erschreckend und traurig, so lasse ihn die nun einsetzende Debatte doch hoffen, dass das Bewusstsein dafür wachse, dass eine wertegeleitete, wertegebundene und wertebasierte Polizeikultur eine ganz wichtige Voraussetzung für professionelle Polizeiarbeit sei. Dies bedeute, genau hinzuschauen, und zwar sowohl bei der Personalgewinnung als auch beim Umgang mit Belastungen, beim Thema Fortbildung, bei der Reaktion auf mögliches Fehlverhalten im Polizeidienst bis hin zu Fragen der Führung. In all diesen Feldern müsse der dort jeweils bestehende Handlungsbedarf genau analysiert werden.

Mit der Bürgerbeauftragten gebe es in Baden-Württemberg gleichzeitig eine Polizeibeauftragte. Die Bündelung dieser beiden Funktionen erweise sich nun als sehr weitsichtig, und er wolle die Gelegenheit gern nutzen, dies nun auch einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. Die Polizeibeauftragte als unabhängige und kompetente Anlaufstelle für Polizistinnen und Polizisten sei von hohem Wert, und diese Funktion müsse auch in der öffentlichen Wahrnehmung noch weiter gestärkt werden.

Abg. Thomas Blenke CDU machte klar, jegliche Form sexualisierter Gewalt sei inakzeptabel. Dies gelte erst recht dann, wenn ein wie auch immer gearteter beruflicher Zusammenhang bzw. ein entsprechendes Abhängigkeitsverhältnis bestehe.

Auch seine Fraktion halte es für nicht glücklich, nun unterschiedliche Sachverhalte in einen Topf zu werfen und Überschneidungen zu konstruieren, wo keine seien. Hierin sehe er auch den Versuch, ein Skandalisierungspotenzial aufzumachen.

Vonseiten der Oppositionsfraktionen SPD und FDP/DVP sei der Vorwurf einer „Salamitaktik“ des Ministers erhoben und kritisiert worden, dieser gebe Informationen nur scheinbar heraus. Er wolle den Minister gern bitten, einmal darzulegen, wie sich der zeitliche Ablauf des Informationsgeschehens zum Ministerium hin gestaltet habe und wann und mit welchen Maßnahmen das Innenministerium bezüglich der Vorwürfe gegen den Inspekteur jeweils reagiert habe. Dabei gehe es auch um die Frage, wann und wie die Öffentlichkeit und damit auch der Landtag informiert worden sei. Von zentraler Bedeutung sei die Frage, wann genau die Staatsanwaltschaft eingeschaltet worden sei.

Was die Forderung betreffe, in der jetzigen Phase müssten alle Personalentscheidungen so lange ausgesetzt werden, bis die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgeschlossen seien, so frage er, ob sich diejenigen, die dies ins Gespräch brächten, den Folgewirkungen einer solchen Forderung bewusst seien. Dies würde nämlich bedeuten, dass es für alle Personen im Zuständigkeitsbereich des Inspektors zu einem Ausbremsen zahlreicher Ernennungs- oder Beförderungsverfahren käme. Noch problematischer finde er, dass damit ein Generalverdacht gegenüber allen Betroffenen, insbesondere gegenüber Beamtinnen, ausgesprochen werde. Er warne daher davor, bei allem berechtigten Aufklärungsinteresse über das Ziel hinauszuschießen und insbesondere den Mitarbeiterinnen bei der Polizei noch zusätzlich zu schaden.

Abschließend bat er, genau darzulegen, wie Beurteilungs- oder Stellenbesetzungsverfahren unter Einbeziehung der Beurteilungskonferenz denn genau abläufen.

Abg. Sascha Binder SPD erwiderte, der Verdacht des Machtmissbrauchs, gerade auch in Bezug auf Personalentscheidungen, habe eine Tragweite, die manche Verantwortliche, auch in der Polizei und im politischen Raum, offenbar noch gar nicht realisierten hätten. Wenn nun unbequeme Fragen im Raum stünden, so liege dies nicht an irgendwelchen Initiativen vonseiten der Fraktionen von SPD und FDP/DVP, sondern schlicht an dem Faktum, dass gegen den hochrangigen Beamten der Polizei ein Ermittlungsverfahren laufe. Dies eben sei auch der Grund, weshalb sich Angehörige der Polizei Fragen stellten – und dabei möglicherweise auch Fragen, die sich durch einen genauen Blick

auf die Fakten leicht entkräften ließen, indem durch eine sorgfältige Überprüfung die Rechtmäßigkeit aller Besetzungsverfahren belegt werde. Ein solches Vorgehen sei mithin im Interesse der möglichen Betroffenen unabdingbar.

Der Blick auf das Spektrum der in der Sitzung anwesenden hochrangigen Vertreter aus Polizei und Innenministerium lege im Übrigen, wie groß die Not unter den Verantwortlichen offenbar sei.

Abg. Julia Goll FDP/DVP wehrte sich gegen den Vorwurf der Vermischung von Sachverhalten und hob hervor, all die Aspekte, die in den aufgerufenen Anträgen thematisiert würden, gehörten zusammen. Die Kritik an dem scheinbarweise Erteilen von Informationen richte sich ausdrücklich nicht auf den in Rede stehenden konkreten Fall des Inspektors. Sie wisse selbst ganz genau, dass dieser Fall nun bei der Staatsanwaltschaft liege und hierzu bis zum Abschluss der Ermittlungen keine Informationen nach außen gegeben werden könnten. Es seien nun aber auch weitere Punkte aufgetaucht; und unklar bleibe noch immer, wann der neue Vorwurf – von dem auch sie und ihre Fraktionskollegen nur aus der Presse erfahren hätten – das Innenministerium erreicht habe.

Weiter machte sie deutlich, Beurteilungen seien vom Grundsatz her nun einmal das entscheidende Instrument für eine Beförderung und somit von überragender Bedeutung für den weiteren Gang einer Beamtenlaufbahn. Bestehe auch nur der geringste Anschein, mit der eigenen oder einer fremden Beurteilung stimme etwas nicht, sei dies eine Quelle von Verunsicherung – und nicht etwa Anträge und Nachfragen der Opposition.

Abg. Christian Gehring CDU hielt die gerade getroffene Äußerung von Abg. Sascha Binder SPD mit Blick auf die Anwesenheit hochrangiger Polizeibeamter in laufender öffentlicher Sitzung, dies zeige, wie groß die Not sei, für despektierlich.

Weiter machte er geltend, wenn erst nach und nach Informationen übermittelt würden, so liege dies in der Natur der Sache, weil ja auch die Aufklärung nur Schritt für Schritt erfolgen könne.

Die Forderung nach einer zentralen Meldestelle für Sexualdelikte bei der Polizei erwecke bei ihm den Eindruck, dass diese Problematik für andere Berufsgruppen nicht gesehen werde. Den hierdurch erweckten Generalverdacht gegenüber der Polizei halte er für total falsch.

Grundsätzlich interessiere auch ihn, wie Entscheidungen für einen Wechsel in den höheren Dienst genau abläufen und welche Kriterien dabei zum Tragen kämen.

Abg. Matthias Miller CDU meinte, der Fokus gehe etwas verloren, da nun tatsächlich viele Aspekte vermengt würden. Auch er bitte um eine konkrete Darstellung der Beurteilungen als Grundlage von Aufstiegsentscheidungen in der Polizei. Ebenso interessiere ihn der weitere Umgang mit der Wertekampagne; hierzu bitte er um perspektivische Einschätzungen seitens der anwesenden Polizeivertreter.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl schickte voraus, der Respekt vor dem Parlament gebiete selbstverständlich, zeitnah und vollumfänglich alle Fragen, die vom Parlament gestellt würden, wahrheitsgemäß zu beantworten.

Zum Antrag Drucksache 17/50 sowie zur ergänzenden Stellungnahme Drucksache 17/387 legte er dar, alle Personalentscheidungen seines Hauses würden verfassungsrechtlich korrekt auf der Grundlage von Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes nach den dort niedergeschriebenen Grundsätzen der Bestenauslese – also orientiert an Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung – getroffen. Dabei sei nach dem Landesbeamtengesetz die Ausschreibung aller Dienstposten der leitenden Beamtinnen und Beamten der obersten Landesbehörden und der diesen nachgeordneten Behörden rechtlich nicht geboten. Die leitenden Funktionen der

Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Landespolizeipräsidentin und des Inspektors der Polizei unterlägen demnach nach dem Landesbeamtengesetz nicht der Ausschreibungspflicht. Eine Entbindung von der Pflicht zur Leistungsauswahl bei der Besetzung dieser Ämter sei damit natürlich nicht verbunden; diese gelte dessen ungeachtet.

Im Ergebnis bleibe festzuhalten, dass sich sein Haus bei der Besetzung der genannten beiden Dienstposten rechtlich korrekt verhalten habe.

Weiter machte er deutlich, auch in der gerade laufenden Debatte habe er nicht ein einziges substantiiertes Argument gehört, das den Verdacht belege, dass bei der Besetzung der Position der Landespolizeipräsidentin oder des Inspektors der Polizei etwas anders gelaufen sein sollte. Seine Bitte sei, wenn ein solcher Vorwurf erhoben werde, diesen zu substantiieren. Nachzufragen, nach welchen Grundsätzen bei der Stellenbesetzung verfahren werde, sei selbstverständlich völlig in Ordnung.

Die Tatsache, dass die Frau Landespolizeipräsidentin in der heutigen Sitzung nicht persönlich anwesend sei, sei eben dem Umstand geschuldet, dass es bei den zu beratenden Anträgen auch um ihre eigene Person gehe.

Der Antrag Drucksache 17/844 thematisiere die Frage der Besetzung von Spitzenämtern bei der Landespolizei. Dabei gehe es konkret um den Ablauf der jüngsten Beurteilungskonferenz für den höheren Polizeivollzugsdienst der Polizei Baden-Württemberg, die im Juli vergangenen Jahres stattgefunden habe. Die Durchführung einer solchen Konferenz sei nach der Verwaltungsvorschrift über die Beurteilung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vorgeschrieben. Die Leitung habe dabei kraft Amtes der Inspekteur der Polizei. Dieser habe das einheitliche Vorgehen bei der Beurteilung zu gewährleisten und lege nach Vorliegen sämtlicher Beurteilungsübersichten, die durch die Polizeipräsidentin bzw. den Polizeipräsidenten sowie die Referatsleitungen im Landespolizeipräsidium zu erstellen seien, die endgültige Beurteilung im Einzelfall fest.

Dass im Rahmen solcher Konferenzen auch vorherige Interessensäußerungen bezüglich der Besetzung von Führungspositionen in den Präsidien fielen, sei nachvollziehbar, da sich eine Organisation aus Gründen der Personalentwicklung über mögliche Kandidatinnen und Kandidaten kontinuierlich Gedanken machen müsse. Solche Personalentwicklungsgespräche stellten jedoch keinesfalls einen Vorgriff auf künftige Bewerbungs- und Besetzungsverfahren dar. Auf die Dienstposten könnten sich selbstverständlich alle Beamtinnen und Beamten des höheren Polizeivollzugsdienstes bewerben, die über die konstitutiven Merkmale des jeweiligen Dienstpostens verfügten.

Er betonte nochmals, diese Verfahren folgten den verfassungsrechtlichen Grundsätzen und dem Leistungsprinzip. Bei der Besetzung von Spitzenämtern innerhalb der Polizei Baden-Württemberg gehe es rechtlich korrekt zu. Er habe noch keinen substantiierten Vorwurf vernommen, wonach das nicht der Fall gewesen wäre – mit einer Ausnahme, nämlich dem konkreten Fall der Vorwürfe gegen den Inspekteur der Polizei.

Was den unter Buchstabe c zu behandelnden Antrag Drucksache 17/1320 betreffe, so sei – das betone er nochmals – der zugrunde liegende Fall intensiv aufgearbeitet werde. Für äußerst wichtig halte er, dass Polizei und Staatsanwaltschaft nun in Ruhe ihre Arbeit tun könnten. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass die Polizei gerade in diesen von Corona geprägten Zeiten handlungsfähig bleibe; keinesfalls dürfe versucht werden, auf dem Rücken der Polizei politische Geländegewinne zu erzielen.

Die nun aufgeworfenen Fragen seien – daran wolle er erinnern – bereits in der Sondersitzung vom 30. November 2021 angesprochen und beantwortet worden. Es sei die Staatsanwaltschaft als Herrin des Verfahrens, die über Auskünfte zum konkreten Ermittlungsverfahren entscheide, und nicht der Innenminister.

Der Antrag thematisiere nochmals die Person des Inspektors der Polizei und hinterfrage dabei auch Personalentscheidungen während dessen Amtszeit. Die Vorwürfe seien ohne Zweifel eine extreme Belastung für diesen Beamten wie auch für die gesamte Polizei in Baden-Württemberg; sie seien aber insbesondere eine Belastung für das mögliche Opfer. Dies gelte es bei allen öffentlichen Debatten nicht aus dem Blick zu verlieren. Bereits der Verdacht gegen einen hochrangigen Polizeibeamten sei ein schwerer Rückschlag für das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit und eine große Bürde für die polizeiliche Arbeit.

Ein Rückschlag sei dies jedoch auch mit Blick auf die gemeinsamen intensiven Bemühungen um das Ziel einer noch besseren Werte- und Führungskultur innerhalb der baden-württembergischen Polizei. Die Wertekampagne sei ihm selbst ein Herzensanliegen. Nicht zuletzt zeige die Angelegenheit aber auch, wie wichtig es sei, genau in diesen Prozess einer Werte- und Führungsdiskussion innerhalb der Polizeiorganisation einzusteigen. Diese Arbeit solle fortgesetzt werden, ja, sie erscheine ihm notwendiger denn je. Warnen wolle er davor, durch fortgesetzte Vermutungen und Spekulationen die Eignung der Polizeibeamtinnen in Baden-Württemberg generell in Zweifel zu ziehen.

Weiter informierte er, der jüngst in den Medien genannte Verdachtsfall beziehe sich auf mögliche Vorkommnisse von vor etwa 20 Jahren, und zwar im Polizeipräsidium Einsatz. Auch hier habe sein Haus unverzüglich die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, die nun den anonym eingegangenen Hinweis bearbeite. Auch sei bereits dargelegt worden, dass in den vergangenen fünf Jahren insgesamt 27 Eingaben in Zusammenhang mit sexueller Belästigung durch Vorgesetzte gemeldet worden seien. In 20 dieser Fälle habe es die Staatsanwaltschaft abgelehnt, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten bzw. habe das Ermittlungsverfahren eingestellt, sodass es sich im Moment um sieben Fälle handle, bei denen staatsanwaltschaftlich ermittelt werden.

Unterstreichen wolle er, dass die Polizei in Baden-Württemberg auch in der aktuellen Pandemie exzellent und stets auch wertorientiert arbeite. Ein mögliches Fehlverhalten Einzelner, gleich, welcher Position und welchen Ranges, dürfe nicht dazu führen, dass ein gesamtes Vorhaben oder gar eine spezifische Organisation infrage gestellt werde. Die Diskussion um die Führungs- und Wertekultur innerhalb der Polizei werde selbstverständlich weitergeführt und vertieft. Ja, die aktuell im Raum stehenden Vorwürfe bestärkten sogar das Vorhaben der kontinuierlichen Führungs- und Wertediskussion auf allen Ebenen.

Mit Blick hierauf seien Ansprechstellen für Meldungen über mögliches sexuelles Fehlverhalten nicht nur innerhalb des LPP selbst etabliert worden; vielmehr sei mit der engagierten Bürgerbeauftragten Beate Böhlen auch eine Ansprechperson etabliert worden, die außerhalb der Polizeiorganisation fungiere und an die sich Betroffene niederschwellig, vertraulich und nach Bedarf auch anonym wenden könnten. Betroffene Frauen rufe er ausdrücklich auf, sich zu melden.

Daneben gehe es um die Frage, inwiefern Betroffene auch juristisch noch weiter unterstützt werden könnten, etwa durch eine Vertrauensanwältin. Insbesondere die hierbei zur Verfügung gestellte juristische Expertise scheine ihm bei Themen mit sexuellem Hintergrund wichtig, da die Betroffenheit hier eine ganz spezifische sei und immer auch schwierige rechtliche Fragen mit sich bringe, beispielsweise die Frage, inwieweit Straftaten verjährt seien. Die Einrichtung einer solchen weiteren Ansprechstelle mit einem noch höheren Vertraulichkeitsschutz werde geprüft.

Die Polizei in Baden-Württemberg befinde sich in ihrer personellen Struktur in einem tiefgreifenden Wandel. Deutlich werde dies bereits an der hohen Zahl neuer Stellen und neuer Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten Jahren ihren Dienst begonnen hätten, darunter erfreulicherweise eine wachsende Zahl an Frauen. Unter den Anwärterinnen und Anwärtern seien nicht weniger als 47 % Frauen. Angesichts der Tatsache, dass es gerade einmal

Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

25 Jahre her sei, dass in Baden-Württemberg die erste Frau eine Polizeiuniform getragen habe, finde er dies bemerkenswert.

Was die Frage der Frau Abg. Julia Goll FDP/DVP betreffe, so sei ihm neben dem IdP-Fall noch ein weiterer Fall übermittelt worden; von weiteren Verdachtsmeldungen wisse er nichts.

Über die von Abg. Sascha Binder SPD erhobene Forderung nach Akteneinsicht müsse er sich auch mit Blick auf den Persönlichkeitsschutz wie auch den Opferschutz zunächst mit der Staatsanwaltschaft ins Benehmen setzen.

Zu dem in Rede stehenden Fall des Inspektors der Polizei legte er unter Verweis auf seine Ausführungen in der Sitzung vom 30. November 2021 dar, er selbst habe in seiner Funktion als Innenminister am Samstag nach der Meldung von den Vorwürfen gehört, und zwar durch Herrn Staatssekretär Klenk. Daraufhin habe er den Beamten umgehend suspendiert und die Abgabe aller dienstlichen Gegenstände, u. a. Dienstausweis, Laptop, Handy, Schlüssel und Dienstwaffe, veranlasst. Ebenso sei die Gelegenheit sofort an die Staatsanwaltschaft übergeben worden. Im Sinne einer maximalen Transparenz sei von seinem Haus aus die Öffentlichkeit informiert worden. Es sei also nicht erwartet worden, bis Nachfragen gekommen seien, sondern die Öffentlichkeit sei proaktiv unterrichtet worden.

Was die Frage nach dem aktuellen Fall, über den auch Medien berichtet hätten, betreffe, so weise er darauf hin, dass die Landespolizeipräsidentin ein entsprechendes anonymes Schreiben niemals erhalten habe. Ein solches Schreiben sei vielmehr in einem Medienhaus eingegangen, deren Vertreter wiederum auf das Ministerium zugekommen seien mit der Frage, was es mit diesem Schreiben auf sich habe. Er versicherte, die Angelegenheit werde ungeachtet der 20 Jahre, die seit dem angeblichen Vorfall vergangen seien, selbstverständlich lückenlos aufgeklärt.

LtdMinRat von Moser erläuterte, Frau Landespolizeipräsidentin Dr. Hinz sei heute nicht anwesend, da insbesondere die unter Buchstabe a zu behandelnden Drucksachen auch Bezüge zu deren eigenem Auswahlverfahren erkennen ließen.

Zum Stichwort Beurteilungskonferenz wolle er, der er selbst als Vorsitzender einer Beurteilungskonferenz gewirkt habe, Folgendes anmerken: Was die Verwaltungsvorschrift betreffe, so sei die Rolle des Inspektors die, dafür zu sorgen, dass bei der Besetzung von Statusämtern alle Beurteiler vergleichbare Maßstäbe anlegten. Denn trotz des sehr ausdifferenzierten Regelwerks könne die Sicht darauf sehr unterschiedlich sein, wie die Noten vergeben würden. Es sei ausdrücklich nicht die Rolle des Inspektors der Polizei – selbst dann, wenn er das Endfestlegungsrecht habe –, die Dinge irgendwie willkürlich zu bestimmen; vielmehr komme den Beurteilern laut Verwaltungsvorschrift eine sehr zentrale Rolle zu.

Was das Besetzungsverfahren betreffe, so würden die Dienstposten grundsätzlich ausgeschrieben; daraufhin liefen die Bewerbungsverfahren und ein internes Auswahlverfahren, bei dem selbstverständlich die Beurteilung die entscheidende Bedeutung habe. Daraufhin würden Auswahlvermerke gefertigt, die ab der Besoldungsgruppe A 15 an Herrn Staatssekretär Klenk gingen. Bei einem Übertritt in die B-Besoldung obliege dies sicherlich der Absprache auch mit dem Minister. Insofern verlaufe das Verfahren über die Hausspitze. Der Inspekteur habe formal gesehen ein Mitzeichnungsrecht, und für die Abteilung obliege der Landespolizeipräsidentin die Schlussunterzeichnung; sollte diese nicht anwesend sein, übernehme er selbst dies als ihr Stellvertreter.

Nachdem die Entscheidung getroffen sei, bekämen diejenigen, die sich beworben hätten, aber nicht zum Zuge gekommen seien, ein Absageschreiben. Danach werde selbstverständlich die von der Rechtsprechung entwickelte 14-Tage-Frist abgewartet, innerhalb derer ein Unterlegener gegebenenfalls das Verwaltungsgericht anrufen könne. Erst danach werde die entsprechende Stellenbesetzungs- oder -beförderungsmaßnahme rechtskonform vollzogen.

Er unterstrich, das erwähnte, an Frau Dr. Hinz adressierte, ihr jedoch nicht übermittelte anonyme Schreiben habe sich das Innenministerium von den Medien zukommen lassen, und zwar am 7. Dezember 2021, und dieses sei daraufhin nahtlos an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden. Zum Zeitpunkt der Sondersitzung am 30. November 2021 habe das Ministerium mithin noch überhaupt keine Kenntnis von einem solchen Schreiben gehabt.

Weiter erläuterte er, von den 27 in Rede stehenden Vorgängen im Kontext mit sexuellem Missbrauch durch Vorgesetzte seien in 25 Fällen Vorlagen an die Staatsanwaltschaft erfolgt. In den anderen beiden Fällen sei es – ohne dass er dies bagatellisieren wolle – um unangemessenes verbales Fehlverhalten gegangen. Die beiden Dienststellen seien zu der Einschätzung gelangt, dass die jeweilige verbale Äußerung keinen Beleidigungstatbestand in einem Kontext erfüllen könne, der eine Vorlage an die Staatsanwaltschaft geboten hätte.

Polizeipräsident Berger machte deutlich, für ihn als Polizeivertreter wie für die Polizei insgesamt, auch in der Fläche, seien dies nun problematische, ja, dramatische Wochen. Für umso wichtiger halte er es, die Dinge nicht zu vermischen. Kernfrage sei für ihn, ob ein System in der Lage sei, Fehler von Individuen auszubügeln oder nicht. Das Beurteilungs- und Beförderungssystem der Polizei sei ein gutes System, aber wie auch jedes andere System zur Beurteilung von Menschen nicht perfekt. Unruhe, Unzufriedenheit gebe es bei jeder polizeilichen Beurteilungsrunde; das wisse er aus eigener langjähriger beruflicher Erfahrung nur zu gut. Dass gegen getroffene Entscheidungen geklagt werde, komme gar nicht so selten vor, das heiße aber auch, dass das Verhalten der Führungsebene bei solchen Verfahren fast schon regelmäßig gerichtlich überprüft werde. Das sei übrigens ein relativ neues Phänomen; früher sei dies nicht unbedingt üblich gewesen.

Von einem patriarchalen System sei die Polizei also weit entfernt. Dies könne er voller Überzeugung vertreten, weil er selbst bei allen in Rede stehenden Verfahren dabei gewesen sei, nämlich sowohl bei der besagten Beurteilungsrunde als auch im Assessmentcenter zur Auswahl derjenigen Personen, die später in den höheren Dienst kämen.

Die Rolle des Inspektors könne am ehesten mit der klassischen Kategorie des Primus inter Pares beschrieben werden. Festzustellen sei in dieser Runde nämlich ein durchaus starkes Selbstbewusstsein. Zudem sei das Bemühen um Objektivität bei der Leistungsbeurteilung in der Polizei nach seinen Erfahrungen besonders stark ausgeprägt.

Fachkenntnisse seien von großer Bedeutung; so gebe es fachlich hoch spezialisierte Aufgaben, die – trotz hervorragender Leistungen – nun einmal nicht beispielsweise von einem langjährigen Revierleiter übernommen werden könnten. Wenn ihm selbst als ehemaligem Leiter des Spezialeinsatzkommandos des Landes Baden-Württemberg exzellente Leistungen bescheinigt würden, so bedeute dies nicht automatisch, dass er mit derselben Expertise auch eine hochrangige Führungsstelle im Bereich IT-Sicherheit ausüben würde.

Er betonte, über solche Fragestellungen müsse auch polizeieintern ein offener Austausch stattfinden – auch im Interesse der Betroffenen, für die es nachteilig wäre, wenn sie in Funktionen gelangten, für die sie aufgrund ihres bisherigen Tätigkeitspektrums nicht prädestiniert seien und an denen sie möglicherweise scheiterten.

Nach seinen Erfahrungen wachse die Unruhe in der Polizei und in deren Umfeld, und es würden immer wieder Fragen an ihn herangetragen, ob manche Personen nun um ihre Positionen fürchten müssten.

Die Wertekampagne sei berechtigt, und es sei völlig richtig, diese fortzusetzen. In der Ex-post-Betrachtung erweise es sich nach seinem Dafürhalten allerdings als problematisch, diese Kampagne

Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

ne explizit mit bestimmten Personen zu verknüpft zu haben. Die Kampagne sei nun sicherlich in schwerem Fahrwasser; dies liege jedoch nicht an den propagierten Werten an sich. Gleichwohl sei beabsichtigt, sie weiterzuführen, wenn auch sicherlich nun in anderer Form.

Bürgerbeauftragte Beate Böhlen verwies auf ihren Tätigkeitsbereich für die Jahre 2020 und 2021 und hierbei konkret auf Seite 51, wo an einem Beispiel erläutert werde, wie wichtig es sei, dass Opfer sexualisierter Gewalt, die Anzeige erstatten wollten, eine zentrale Anlaufstelle bei der Polizei vorfänden. Sie hielt es daher für eine gute Sache, wenn die gerade ins Gespräch gebrachte Vertrauensanwältin bei ihr, der Bürgerbeauftragten, angesiedelt werden könne. Denn in § 18 des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte/den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg sei ausdrücklich vorgesehen, dass sich jeder Polizeibeamte, jede Polizeibeamtin des Landes Baden-Württemberg sowie alle Tarifbeschäftigten der Polizei mit einer Eingabe ohne Einhaltung des Dienstwegs – dies sei besonders wichtig – an den Bürgerbeauftragten/die Bürgerbeauftragte wenden könnten. Sofern die erforderlichen Mittel aus dem Budget des Innenministeriums bereitgestellt werden könnten, fände sie es eine gute Idee, diese Funktion bei dem/der Bürgerbeauftragten anzusiedeln.

Abg. Sascha Binder SPD hielt die Begründung dafür, dass die Landespolizeipräsidentin an der laufenden Sitzung nicht teilnehme, für nicht überzeugend und wies darauf hin, heute habe diese zu dem in Rede stehenden Thema offenbar ein Fernsehinterview gegeben. Dies befremde ihn.

Er erklärte weiter, seine Fraktion habe eben keinen Generalverdacht gegen die Polizei; nach seinem Eindruck sei es gerade im Sinne der Polizei, sowohl Verfahren klarzulegen als auch klarzustellen, dass genau in diesen Verfahren, an denen der Inspekteur der Polizei mitgewirkt habe, alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Es müsse jeder Eindruck entkräftet werden, dieser habe seine Stellung in irgendeiner Weise ausgenutzt, und hierzu sei es nötig, mit den erhobenen Vorwürfen offen umzugehen.

Abg. Julia Goll FDP/DVP machte deutlich, selbstverständlich sei es in keiner Weise ihre Absicht, Diskussionen auf dem Rücken der Polizei auszutragen. Gerade um dies nicht eintreten zu lassen halte sie es für wichtig, dass sich die Parlamentarier über den Fall unterhielten und die Vorgänge weiterhin genau beleuchteten.

Dass Frau Landespolizeipräsidentin Dr. Hinz das in Rede stehende Schreiben gar nicht unmittelbar erhalten habe, sei ihrer Fraktion nicht bekannt gewesen; dies hätte den Abgeordneten seitens des Innenministeriums aber doch ohne Weiteres im Vorfeld mitgeteilt werden können.

Weiter verwies sie auf Ziffer 5.3.2 der Verwaltungsvorschrift Beurteilung Polizei, wo es heiße, beabsichtigte Abweichungen von der vorläufigen Beurteilung seien mit den Beurteilern und gegebenenfalls mit den Beurteilungsberatern zu erörtern. Sie knüpfte an, nach ihrer Vorstellung hätte der Minister gut daran getan, schlicht und ergreifend zu sagen, dass der Inspekteur der Polizei bei keiner einzigen Vorbeurteilung auf eine Änderung hingewirkt habe. Dies hätte dazu geführt, dass sich alle, die in der letzten Zeit eine Beurteilung erhalten hätten, entspannen könnten.

Minister Thomas Strobl erklärte auf eine weitere Nachfrage der Abg. Julia Goll FDP/DVP, er könne nicht vorhersehen, wann das Verfahren gegen den Inspekteur der Polizei abgeschlossen sein werde. Erst nach Abschluss der strafrechtlichen Ermittlungen werde – gegebenenfalls – das Disziplinarverfahren wieder aufleben.

LtdMinRat von Moser erklärte, es habe im Kreis der Beurteiler tatsächlich eine Einzeldiskussion gegeben, die jedoch nicht vom IdP initiiert worden sei, sondern sich einer Situation verdankt habe, auf die auch die VwV – wie eben zitiert – Bezug nehme. Aus dem Kreis der Beurteiler sei hinterfragt worden, ob die eigene Beurteilung für eine bestimmte Kollegin im Gesamtvergleich möglicherweise schlechter sei, und es habe daraufhin eine punktuelle, sehr kurze Diskussion gegeben. Eine im Widerspruch mit

dem Beurteilungsregelwerk stehende Einflussnahme des IdP sei nicht erfolgt.

Was künftige Besetzungen anbelange, so habe es keine Liste gegeben, die den anwesenden Kollegen vorgelegt worden wäre; vielmehr führten der Inspekteur – ebenso wie seine Vorgänger – sehr viele Personalgespräche, einerseits mit Präsidenten, andererseits mit Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes, und dabei würden eben auch Vorstellungen im Sinne einer idealen Personalbesetzung für die Gesamtorganisation der Polizei entwickelt. Es seien von Herrn Renner zwar Namen genannt worden; eine ausgedruckte Liste o. Ä. sei jedoch nicht ausgeteilt worden.

Was die Erfassung von Fällen sexueller Belästigung betreffe, so gebe es eine solche bereits im Rechtsreferat des LPP. Denn schon seit mehreren Jahren werde in der Gesamtschau eine Generalstatistik geführt. Die Dienststellen berichteten regelmäßig, und alle Vorgänge, die mit sexueller Belästigung zu tun hätten, würden, sofern sie auch nur ein Minimum an Relevanz hätten, relevant für die Staatsanwaltschaft sowie für Disziplinarverfahren und tauchten damit automatisch in der im Rechtsreferat des LPP geführten Liste auf.

Polizeipräsident Berger ergänzte, die erwähnten Gespräche liefen über das ganze Jahr; Beurteilungsrunden hingegen fänden nur alle zwei Jahre statt. Den Gesamtüberblick habe auch er nicht, sondern könne nur für sein Präsidium sprechen: Wenn beispielsweise eine Abteilungsleitung in A 16 perspektivisch im Folgejahr frei werde, würden schon jetzt erste Bewerbungen oder Vorsprachen von Beamten des höheren Dienstes erfolgen. Diese fragten ihre Vorgesetzten, ob sie wohl eine Chance haben könnten und wie dies eingeschätzt werde. Solche Kommunikationsprozesse liefen allerdings ohne seine Kenntnis.

Die Vorsprachen würden notiert, und selbstverständlich tausche man sich über entsprechende Interessensbekundungen aus. Aufgabe des Inspektors sei es dabei auch, die Meldungen zu sammeln. Die darauffolgenden Austausch- und Abstimmungsprozesse verliefen durchaus nicht immer konfliktfrei; vielmehr werde über Sachverhalte gestritten, auch, um dann tatsächlich die für die Polizei beste Lösung zu erreichen. Denn natürlich habe jeder zunächst die Neigung, sich für seine eigenen Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Daneben müssten auch Quotenvorgaben berücksichtigt werden. Wenn Sachgründe und anderes bestimmten Erwartungen zuwiderliefen, müsse das Gespräch mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesucht werden und ihnen vermittelt werden, weshalb es im Einzelfall nicht möglich gewesen sei, ihn oder sie innerhalb einer bestehenden Quotierung zu berücksichtigen. Aufgabe des IdP sei es, auf größtmögliche Ausgewogenheit hinzuwirken.

Auf Nachfrage von Innenminister Thomas Strobl, ob es unmittelbar oder mittelbar Anzeichen gebe, dass der Inspekteur der Polizei aus fachfremden Erwägungen Entscheidungen beeinflusst habe, antwortete er mit einem klaren Nein.

Minister Thomas Strobl bekräftigte auf Nachfrage der Abg. Sascha Binder SPD, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten habe er die Akteneinsicht durch die Abgeordneten bereits zugesagt.

Der Ausschuss verständigte sich nach kurzer weiterer Beratung in Entsprechung eines Wunsches der Antragsteller darauf, die Beratung des Antrags Drucksache 17/1320 zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen.

Ohne förmliche Abstimmung kam er zu der Beschlussempfehlung an das Plenum, den Antrag Drucksache 17/50 mitsamt der ergänzenden Stellungnahme Drucksache 17/387 sowie den Antrag Drucksache 17/844 für erledigt zu erklären.

26.1.2022

Berichterstatter:

Gehring

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen

2. Zu dem Antrag des Abg. Emil Sänze u. a. AfD und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Drucksache 17/194 – Perspektiven des Bauvorhabens Justizvollzugsanstalt (JVA) Rottweil im Mai 2021

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Emil Sänze u. a. AfD – Drucksache 17/194 – für erledigt zu erklären.

20.1.2022

Die Berichterstatterin: Die stellv. Vorsitzende:
Evers Schweizer

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet den Antrag Drucksache 17/194 in seiner 5. Sitzung und in seiner 12. Sitzung, die beide in gemischter Form mit Videokonferenz stattfanden, am 23. September 2021 und am 20. Januar 2022.

In der 5. Sitzung dankte ein Abgeordneter der AfD der Landesregierung für den „technischen Teil“ der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag. Er fuhr fort, allerdings könne sich seine Fraktion in einem Punkt nicht mit der Stellungnahme identifizieren. So frage die AfD in Ziffer 7 ihres Antrags, welche hindernden Umstände dazu führten, dass der Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) in Rottweil nicht vor dem Jahr 2027 in Betrieb genommen werde. Der Bürgerentscheid über einen solchen Bau habe bereits im Jahr 2015 stattgefunden. Vor 2015 wiederum habe das Innenministerium einen Bedarf von zusätzlichen 800 Haftplätzen festgestellt.

Die Landesregierung teile in ihrer Stellungnahme zu Ziffer 7 des Antrags u. a. mit:

Die bisherige Planungsdauer für den Neubau der JVA Rottweil ist im Vergleich zu ähnlich großen und komplexen Bauvorhaben ... angemessen.

Seine Fraktion wolle sich nicht damit abfinden, dass der Neubau erst zwölf bis 14 Jahre nach dem Bürgerentscheid fertiggestellt sei. Die AfD frage erneut nach den Hinderungsgründen und vor allem danach, welche Verbesserungen die Landesregierung daraus ableite, damit künftige Bauvorhaben dieser Größenordnung, über die im Übrigen sehr viele Hotels im Land verfügten, stringenter abgewickelt werden könnten. Diese Frage halte die AfD nach wie vor für unbeantwortet. Er erinnere auch an einen erst kürzlich erfolgten Hinweis des Ministerpräsidenten, wonach die verwaltungsmäßige Umsetzung von Bauvorhaben erheblich beschleunigt werden müsse.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP erklärte, der Stellungnahme zu Ziffer 8 des Antrags zufolge sei durch einen Bieter ein Vergabenchprüfungsverfahren vor der Vergabekammer beantragt worden. Er frage hierzu nach dem aktuellen Stand und wie sich dieser Einspruch auf die geplanten zeitlichen Abläufe auswirke.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen antwortete, das von ihrem Vorredner angesprochene Vergabenchprüfungsverfahren habe im Juli 2021 beendet werden können. Die Beauftragung des neuen freiberuflichen Architekturbüros sei dann er-

folgt. Das neue Architekturbüro arbeite derzeit unter Hochdruck daran, die Planung zu optimieren und fertigzustellen. Daher sei die Landesregierung nach wie vor hoffnungsvoll, dass sich die Leistungsphase 3 nach der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen zum ersten Quartal 2022 abschließen lasse. Die Landesregierung werde den Ausschuss einer bestehenden Berichtspflicht gemäß im Sommer 2022 erneut über den Stand des Bauvorhabens JVA Rottweil informieren.

Sie erwiderte auf den Wortbeitrag des Abgeordneten der AfD, die Errichtung einer Justizvollzugsanstalt sei von der Komplexität her nicht mit dem Bau eines Hotels zu vergleichen. Letzterer sei deutlich einfacher zu realisieren. Der Abgeordnete habe im Übrigen aus der Stellungnahme zu Ziffer 7 des Antrags zitiert, dabei allerdings den Teil weggelassen, in dem von dem Wechsel des freiberuflichen Architekturbüros die Rede sei. Dieser Wechsel habe selbstverständlich zu einer gewissen Verzögerung der Planungen geführt. Die reine Bauzeit werde auf ca. vier Jahre geschätzt. Ein solch großes und komplexes Vorhaben bedürfe auch einer mehrjährigen Planungsphase. Wenn alles gut ablaufe und im Rahmen des Verfahrens beispielsweise nicht ein Wechsel des Architekturbüros erforderlich werde, lasse sich ein Vorhaben wie in Rottweil auch in weniger als zehn Jahren realisieren. Dies liege normalerweise auch im Bestreben der Landesregierung. Sie (Rednerin) halte jedoch an den Aussagen, die die Landesregierung in ihrer Stellungnahme getroffen habe, fest.

Der Abgeordnete der AfD betonte, der Antrag könne heute nicht für erledigt erklärt werden, da die Staatssekretärin die bisherige Planungsdauer für das Bauvorhaben JVA Rottweil nach wie vor als angemessen erachte. Diese Haltung sollte jedoch nicht geteilt werden. Zum anderen sei die Staatssekretärin nicht auf seine zuvor gestellte Frage eingegangen, welche Lehren die Landesregierung aus dem Ablauf dieses Projekts ziehe.

Daraufhin beschloss der Ausschuss ohne Widerspruch, die weitere Beratung des Antrags Drucksache 17/194 bis zu seiner ersten Sitzung nach Abschluss der Beratungen des Haushalts 2022 zurückzustellen.

In der 12. Sitzung am 20. Januar 2022 setzte der Ausschuss die Beratung fort.

Ein Abgeordneter der AfD bemerkte, der Antrag könne heute ohne weitere Aussprache für erledigt erklärt werden. Das Thema werde den Ausschuss ohnehin wieder beschäftigen.

Sodann verabschiedete der Ausschuss einvernehmlich die Beschlussempfehlung an das Plenum, den Antrag Drucksache 17/194 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstattung:
Evers

Ausschuss für Finanzen

3. Zu dem Antrag des Abg. Nicolas Fink u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen

– Drucksache 17/761

– Ruhestandsregelungen für Landesbeamte

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Nicolas Fink u. a. SPD – Drucksache 17/761 – für erledigt zu erklären.

20.1.2022

Der Berichterstatter: Die stellv. Vorsitzende:
Wald Schweizer

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet den Antrag Drucksache 17/761 in seiner 12. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 20. Januar 2022.

Der Erstunterzeichner des Antrags brachte zum Ausdruck, die Landesregierung habe in ihrer Stellungnahme zu dem Antrag nicht alle darin aufgeführten Fragen beantworten können. Dennoch seien die Antragsteller mit der Stellungnahme durchaus einverstanden.

Ein Abgeordneter der AfD führte aus, die SPD im Bund habe im Zusammenhang mit dem Eintritt in den Ruhestand unseligerweise eine Regelung „durchgedrückt“, die auf das Erreichen einer Dienstzeit von 45 Jahren abstelle. Es gebe allerdings Personen, die eine Zeit lang freiberuflich tätig gewesen seien, die einen längeren Bildungsweg absolviert oder ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen hätten, um z. B. eine Ausbildung zu machen oder sich umschulen zu lassen. Diese Zeiten, in denen diese Personen nichts an Beiträgen eingezahlt hätten, fehlten ihnen, um auf 45 Dienstjahre zu kommen. Dadurch würden sie im Hinblick auf den Eintritt in den Ruhestand „bestraft“. Dies dürfe nicht sein. Er sei dagegen, Menschen, die 45 Dienstjahre erreichten, zu bevorzugen, indem ihnen ein früherer Eintritt in den Ruhestand ermöglicht werde. Dies stelle einen Systembruch dar. Das Rentenrecht sehe nämlich vor, dass gesunde Arbeitnehmer mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand gingen. Die Höhe der Rente wiederum bemesse sich dann nach dem, was an Beiträgen eingezahlt worden sei. Diese Regelung halte er für richtig und sozial.

Hingegen begrüße er ausdrücklich, dass für Personen, die nicht mehr erwerbsfähig sein könnten, die Bedingungen für eine Frühverrentung verbessert worden seien. So gebe es Berufe, in denen nicht bis 67 Jahre gearbeitet werden könne.

Der Zweitunterzeichner des Antrags widersprach der Aussage seines Vorredners, dass die SPD die Verlängerung der Lebensarbeitszeit „durchgedrückt“ habe. Die nachvollziehbare Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 65 auf 67 Jahre sei vielmehr von der Großen Koalition im Bund mit parlamentarischer Mehrheit durchgesetzt worden.

Auch weise er zurück, dass ein Selbstständiger nicht in die Rentenversicherung einzahlen könne. Dies sei über das Leisten freiwilliger Beiträge durchaus möglich.

Der Abgeordnete der AfD verwies auf ein Beispiel, wonach eine in der Wirtschaft tätige Person auf einen Schlag Beiträge nachge-

zahlt habe, die sie in ihrer früheren Tätigkeit als Selbstständiger zeitweise nicht habe leisten können. Der Abgeordnete betonte, er halte es für unsinnig, dass in solchen Fällen nach dem bestehenden Ansatz eine Benachteiligung erfolge, weil die Betroffenen auf weniger Beitragsjahre kämen.

Sodann verabschiedete der Ausschuss einvernehmlich die Beschlussempfehlung an das Plenum, den Antrag Drucksache 17/761 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstattung:

Wald

4. Zu dem Antrag des Abg. Frank Bonath u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen

– Drucksache 17/774

– Denkmalschutz bei Landesliegenschaften

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Frank Bonath u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/774 – für erledigt zu erklären.

20.1.2022

Die Berichterstatterin: Die stellv. Vorsitzende:
Saebel Schweizer

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet den Antrag Drucksache 17/774 in seiner 12. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 20. Januar 2022.

Der Zweitunterzeichner des Antrags dankte der Landesregierung für deren Stellungnahme zu der vorliegenden Initiative. Er fügte hinzu, Denkmalschutz bilde ein wichtiges Anliegen. Die Zuständigkeit für den Denkmalschutz bei landeseigenen Liegenschaften sei vom Wirtschaftsministerium ins Finanzministerium überführt worden. Die Landesregierung begründe diesen Schritt damit, dass die Effektivität erhöht werden solle. Sicher gehe es auch um Effizienz. Die Landesregierung wolle bei der energetischen Sanierung Tempo aufnehmen. Dies solle aber nicht zulasten des Denkmalschutzes erfolgen. Wenn dasselbe Haus sowohl für Denkmalschutz als auch für Sanierungsmaßnahmen zuständig sei, komme der Denkmalschutz eventuell unter die Räder. Er bitte, diesen Vorhalt zu entkräften.

Eine Abgeordnete der Grünen führte aus, es sei wichtig, denkmalgeschützte Gebäude für kommende Generationen baulich zu unterhalten und zu erhalten und somit einen wesentlichen Beitrag zu leisten, kulturelles Erbe in die Zukunft zu führen. Rund ein Viertel der landeseigenen Gebäude stehe unter Denkmalschutz. Insofern sei es eine sehr umfangreiche Aufgabe, Denkmalschutz und Klimaschutz zusammenzubringen. Das Landesamt für Denkmalpflege begleite bereits viele Maßnahmen im Bereich der Gebäudesanierung und des Klimaschutzes. Im Rahmen des Klima-

Ausschuss für Finanzen

schutzgesetzes würden weitere Maßnahmen folgen. Das Landesamt für Denkmalpflege wolle einen Kriterienkatalog erarbeiten und über die Einführung von eher standardisierten Verfahren bei denkmalgeschützten Gebäuden die Genehmigungsprozesse auch bei erneuerbaren Energien beschleunigen.

Bei den Denkmälern werde es je nach Bedeutung, Größe und Fläche sicherlich Abstufungen geben. Doch sei der Weg eingeschlagen, Klimaschutz und Denkmalschutz noch besser miteinander zu vereinbaren.

Ein Denkmal müsse durch seine lange Lebensdauer und seine Standfestigkeit nicht immer wieder unter großem Energieaufwand wiederhergestellt werden. Dadurch sei es Gebäuden, die regelmäßig abgerissen und wieder neu errichtet würden, in vielen Fällen überlegen. Ihre Fraktion spreche sich dafür aus, Gebäude in einer Lebenszyklusanalyse einer Gesamtenergiebetrachtung zu unterziehen, um nicht zu falschen Schlussfolgerungen zu gelangen, nur weil ein Energieeffizienzhaus in einer momentanen Betrachtung bei der Verbrauchenergie vielleicht günstiger abschneide als ein denkmalgeschütztes Gebäude. Dieses schlage aber in der Gesamtbetrachtung unter Umständen allein durch seine Langlebigkeit das moderne Gebäude.

Wenn man mehr Beratung und ein intensiveres Zugehen auf Eigentümer und Bauherren wolle, sei auch eine entsprechende Personalausstattung wichtig. In dieser Hinsicht bestehe sowohl beim Landesamt für Denkmalpflege als auch beim Landesbetrieb Vermögen und Bau noch Luft nach oben, um die Klimaschutzziele umsetzen zu können.

Der Zweitunterzeichner des Antrags legte dar, es sei alles richtig gewesen, was seine Vorrednerin geäußert habe. Mehr Effizienz und Effektivität beim Denkmalschutz würden sich auch andere Eigentümer als das Land wünschen. Die Frage laute, ob sich das Finanzministerium hinsichtlich des Denkmalschutzes bei den landeseigenen Gebäuden durch die Überprüfung im eigenen Haus einen Vorteil verschaffe bzw. ob es dadurch nicht zu einer Ungleichbehandlung anderer Eigentümer komme.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen brachte zum Ausdruck, bei den landeseigenen denkmalgeschützten Liegenschaften seien bislang fast keine Fotovoltaikanlagen errichtet worden. Der Stellenwert der erneuerbaren Energien habe auch in der gesellschaftlichen Debatte zugenommen. Dies werde sich sicherlich sowohl auf den Ausbau landeseigener als auch privater denkmalgeschützter Gebäude mit Fotovoltaikanlagen auswirken. In dieser Hinsicht sei gegenwärtig Bewegung festzustellen. Das Finanzministerium gehe jedenfalls davon aus, dass sich auch auf denkmalgeschützten Gebäuden künftig mehr Fotovoltaikanlagen realisieren ließen. Dies werde im Einzelfall aber immer der Überprüfung bedürfen.

Selbstverständlich seien dem Finanzministerium der Denkmalschutz und dessen Belange wichtig. Bezüglich der Abgrenzung bei der Zuständigkeit für den Denkmalschutz liefen derzeit noch Gespräche zwischen dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen sowie dem Finanzministerium. Ihr Haus strebe nicht an, oberste Denkmalschutzbehörde zu werden. Ziel sei eher, Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Das Finanzministerium hätte gern, dass Maßnahmen, die nicht in die Substanz eines Gebäudes eingriffen, ohne langwierige Abstimmungsprozesse durchgeführt werden könnten. Für solche langen Verfahren ließen sich aus der Vergangenheit viele Beispiele anführen.

Das Finanzministerium meine, für sich in Anspruch nehmen zu können, ein sachkundiger Bauherr zu sein. Es fühle sich den Zielen des Denkmalschutzes verpflichtet und wolle die historischen Monumente erhalten. Dies habe auch im Zusammenhang mit dem Klimaschutz noch an Bedeutung gewonnen. Die graue Energie solle noch stärker in den Blick genommen werden. Ihr Haus sei der Ansicht, dass sich mit dem Ministerium für Landes-

entwicklung und Wohnen eine gute Lösung bezüglich des Verfahrens finden lasse und die Lösung auch den verschiedenen Zielen des Klima- und des Denkmalschutzes entspreche.

Die Abgeordnete der Grünen unterstrich, große Dachflächen eigneten sich besonders gut für die Errichtung von Fotovoltaikanlagen. Über die größten Dachflächen verfügten heutzutage aber nicht denkmalgeschützte Gebäude, sondern beispielsweise die vielen Logistikzentren an den Stadträndern, die zahlreichen Industriekomplexe oder die Lärmschutzwände an den Autobahnen. Im Hinblick auf die Umsetzung von Klimaschutzziele frage sie, ob mit dem Ausbau von Fotovoltaikanlagen bei den kleinsten Einheiten begonnen werden solle, womit sie nicht nur denkmalgeschützte Gebäude meine, oder ob nicht besser große Flächen belegt werden sollten. Dies könnte auch vom Arbeitsaufwand und vom Personaleinsatz her letztlich klimatauglicher sein.

Daraufhin kam der Ausschuss einvernehmlich zu der Beschlussempfehlung an das Plenum, den Antrag Drucksache 17/774 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstattung:

Saebel

5. Zu dem Antrag des Abg. Gernot Gruber u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen
 – Drucksache 17/1085
 – Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) auf Landesgebäuden

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Gernot Gruber u. a. SPD – Drucksache 17/1085 – für erledigt zu erklären.

20.1.2022

Die Berichterstatterin:

Saebel

Die stellv. Vorsitzende:

Schweizer

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/319 sowie in Verbindung damit den Antrag Drucksache 17/1085 in seiner 12. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 20. Januar 2022. Als Anlage ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigefügt.

Die Berichterstatterin für den Ausschuss für Finanzen gab bekannt, der Rechnungshof habe festgestellt, dass diverse größere Baumaßnahmen des Landes ohne Fotovoltaik realisiert worden seien, obwohl dies wirtschaftlich gewesen wäre. Das Land plane jetzt eine Fotovoltaikoffensive, durch die möglichst viele Dächer auf landeseigenen Gebäuden mit Fotovoltaikanlagen belegt wer-

Ausschuss für Finanzen

den sollten. Es werde nun wohl neu eruiert, wo bei Bestandsgebäuden eine Nachrüstung möglich und wirtschaftlich wäre.

Bei künftigen Bauten des Landes werde die Errichtung von Fotovoltaikanlagen grundsätzlich mit berücksichtigt. Städtebauliche und architektonische Gründe hätten die großflächige Installation von Fotovoltaikanlagen bisher teilweise behindert. Diese Gründe müssten hinterfragt werden. Auch im Bereich des Denkmalschutzes und bei Altstadtsatzungen werde in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege einiges überarbeitet und neu aufgesetzt.

Sie rege an, dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) zu folgen.

Der Erstunterzeichner des Antrags Drucksache 17/1085 dankte dem Rechnungshof für dessen Denkschriftbeitrag und merkte weiter an, der Rechnungshof sei bei Generalsanierungen oder Neubauten auf die große Zahl von 26 Dachflächen gestoßen, die sich ökologisch wie wirtschaftlich für eine Ausstattung mit Fotovoltaikanlagen geeignet hätten, bei denen das Land diese Chance aber ausgelassen habe. Ein solches „Fiasko“, das er nicht erwartet hätte, dürfe sich nicht wiederholen. Er habe sich darüber auch vor dem Hintergrund einer Stellungnahme der Landesregierung geäußert, die zu einem von ihm 2016 initiierten Antrag mitgeteilt habe, dass alle Landesgebäude entsprechend analysiert würden.

Der Stellungnahme zu seinem jetzt vorliegenden Antrag Drucksache 17/1085 lasse sich entnehmen, warum – zusätzlich zu den vom Rechnungshof lokalisierten 26 Flächen – bei neun weiteren Landesgebäuden, die man seit 2019 gebaut oder generalsaniert habe, keine Fotovoltaikanlagen errichtet worden seien. Immerhin werde in einem Fall eine Nachrüstung geprüft.

Im Ausblick stelle sich die Situation deutlich besser dar. Perspektivisch würden die meisten Landesgebäude mit Solaranlagen auf dem Dach geplant, wie es gesetzlich auch vorgeschrieben sei.

Anlage 1 der Stellungnahme zu seinem Antrag liste die bisher im Staatshaushaltsplan etablierten Großen Baumaßnahmen in Ausführung auf. Er empfinde es als irritierend, dass sich hierbei bei vielen Maßnahmen die Bemerkung wiederhole: „Dachfläche zu klein bzw. durch andere Aufbauten belegt“. Dies wirke in gewisser Weise wie „Copy-and-paste“. Eine andere Bemerkung, die oft zu finden sei, laute: „Maßnahme für PV ungeeignet“. Da diesbezüglich kein wirkliches Argument genannt werde, lasse sich fachlich nicht verifizieren, was unter „ungeeignet“ zu verstehen sei.

Er frage die Landesregierung, wann aus ihrer Sicht eine Dachfläche groß genug sei, um dort wirtschaftlich vertretbar und ökologisch vernünftig eine Fotovoltaikanlage betreiben zu können.

Ein Abgeordneter der CDU dankte dem Rechnungshof für dessen Beitrag. Er machte darauf aufmerksam, die Feststellungen des Rechnungshofs zeigten auf, dass noch Potenzial bestehe, was die Installation von Fotovoltaikanlagen auf Landesgebäuden betreffe. Im Haushalt 2022 seien erhebliche Mittel für die Ausstattung von landeseigenen Gebäuden mit Fotovoltaikanlagen eingestellt worden. Er denke, dass das Finanzministerium diese Mittel investieren werde, sodass sich das Land hinsichtlich des Zubaus von Fotovoltaikanlagen auf einem guten Weg befinde.

Ein Abgeordneter der AfD betonte, es stünden genügend Dachflächen für eine Ausrüstung mit Fotovoltaikanlagen zur Verfügung. Ihn interessiere, ob ein Grund, dass entsprechende Installationen teilweise nicht durchgeführt würden, darin liege, dass sich keine Fachfirma finde, die zeitnah planen und ausführen könne.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen trug vor, die Situation stelle sich nicht so schlecht dar. Das Land habe die im Energie- und Klimaschutzkonzept aus der vorletzten Legislatur aufgeführten Ziele für landeseigene Liegenschaften bezüglich Fotovoltaikanlagen übererfüllt. Baden-Württemberg nehme auch im Ländervergleich eine gute Position ein. Andererseits müsse

angesichts dessen, wie viele Dachflächen bisher nicht über Fotovoltaikanlagen verfügten, noch viel mehr geschehen.

Die Hinweise des Rechnungshofs auf neuere Gebäude, die sich für die Ausstattung mit Fotovoltaikanlagen eigneten, habe das Finanzministerium sehr gern aufgegriffen. Der Auftrag sei erteilt, bei den genannten Gebäuden so schnell wie möglich nachzurüsten. Bei zwei Gebäuden liege die Zuständigkeit nicht beim Finanzministerium, sondern bei den Universitätsklinika. Entsprechende Schreiben seien aber versandt worden.

In den Tabellen, die der Stellungnahme zu dem Antrag Drucksache 17/1085 beigelegt seien, finde sich unter der Spalte „Bemerkung“ keineswegs in der Mehrzahl der Maßnahmen immer der gleiche Text. Ihres Erachtens sei der Text auch nachvollziehbar. Viele der angeführten Bemerkungen erklärten sich aus der jeweiligen Baumaßnahme heraus. Bei einer der angeführten Maßnahmen handle es sich beispielsweise um die Sicherung der Burgruine Hohenneuffen. Hierbei liege es nicht unbedingt nahe, dies mit der Errichtung einer Fotovoltaikanlage zu verbinden. Das Gleiche gelte etwa für die Sanierung bzw. den Bau von technischer Infrastruktur, was gegebenenfalls noch unterirdisch erfolge. Auch verweise sie auf Dachaufbauten, die kleinteilig seien und die dann noch die restliche Dachfläche verschatteten. Durch solche Gegebenheiten komme keine nennenswerte Fläche für die Installation einer Fotovoltaikanlage zustande.

Einem vom Landtag verabschiedeten Entschließungsantrag zufolge solle die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral werden. Somit müsse der Ausbau der Fotovoltaik erheblich beschleunigt werden. Fotovoltaikanlagen auf Dächern stellten im Hinblick auf das Thema „Klimaneutrale Gebäude“ aber nur einen Baustein dar. Auch sei zu priorisieren, welche der vielen Aufgaben zuerst angegangen würden. Die Ziele seien jetzt also ohnehin deutlich nach oben zu setzen und anders in den Blick zu nehmen, als dies noch vor einigen Jahren der Fall gewesen sei.

Ein Vertreter des Ministeriums für Finanzen ergänzte, hinsichtlich der Größe der Dachflächen für die Installation einer Fotovoltaikanlage bestünden keine grundsätzlichen Vorgaben. Bei kleineren Dächern und Aufbauten werde allerdings ein Punkt erreicht, bei dem es sich schwierig gestalte, eine solche Anlage zu errichten, und bei dem die Wirtschaftlichkeit einer derartigen Maßnahme nicht gegeben sei. Der im Landesbau eingeführte PV-Leitfaden enthalte auch Vorgaben zur Wirtschaftlichkeit, die der Landeshaushaltsordnung entsprächen. Hinzu komme, dass auch die Verordnung des Umweltministeriums zu den Pflichten zur Installation von Fotovoltaikanlagen auf Dach- und Parkplatzflächen keine Größenbeschränkungen nach unten vorsehe.

Der Erstunterzeichner des Antrags Drucksache 17/1085 dankte für die erteilten Informationen und fügte die Frage an, ob sich für eine Dachfläche eine ungefähre Quadratmeterzahl nennen lasse, ab der die Errichtung einer Fotovoltaikanlage Klimaschutzpolitisch notwendig und wirtschaftlich vertretbar erscheine.

Der Vertreter des Ministeriums für Finanzen teilte mit, es gebe kleinere Anbauten, auf denen eine Fotovoltaikanlage mit einer Fläche von 50, 60 m² installiert sei. Nach unten bestünden keine Größenvorgaben. Gemäß der Photovoltaik-Pflicht-Verordnung, die er zuvor erwähnt habe, werde nicht mehr auf Wirtschaftlichkeit geprüft. Vielmehr bestehe nach den gesetzlichen Maßgaben eine Pflicht, Fotovoltaikanlagen zu installieren.

Der Erstunterzeichner des Antrags Drucksache 17/1085 bezog sich auf Anlage 1 der Stellungnahme zu seiner Initiative und bat darum, für alle Maßnahmen, bei denen in der Bemerkungsspalte stehe: „Dachfläche zu klein“, schriftlich die Angabe nachzuliefern, wie groß die für eine Solarnutzung geeignete Dachfläche gewesen wäre.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen sagte zu, diese Informationen nachzureichen.

Ausschuss für Finanzen

Sodann stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) einstimmig zu.

Abschließend fasste der Ausschuss einvernehmlich die Beschlussempfehlung an das Plenum, den Antrag Drucksache 17/1085 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstattung:

Saebel

**Rechnungshof
Baden-Württemberg**

**Denkschrift 2021
Beitrag Nr. 19/Seite 183**

Anlage

Anregung

**für eine Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Finanzen**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 15. Juli 2021
– Drucksache 17/319**

**Denkschrift 2021 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des
Landes Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 19, Photovoltaikpotenzial auf Landesgebäuden**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 15. Juli 2021 zu Beitrag Nr. 19 – Drucksache 17/319 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. bei allen geeigneten Neubaumaßnahmen des Landes Photovoltaikanlagen zu errichten;
 2. bei den vom Rechnungshof aufgezeigten Bestandsgebäuden bis Ende 2023 eine Nachrüstung zu veranlassen;
 3. dem Landtag über das Veranlasste bis 1. Februar 2024 zu berichten.

Karlsruhe, 8. September 2021

gez. Günther Benz

gez. Georg Keitel

**6. Zu dem Antrag der Abg. Jonas Weber und Nicolas Fink u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen
– Drucksache 17/1154
– Rückzahlung zu Unrecht erhobener Gebühren durch die Banken an die Kontoinhaber**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Abg. Jonas Weber und Nicolas Fink u. a. SPD – Drucksache 17/1154 – für erledigt zu erklären.

20.1.2022

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhart

Die stellv. Vorsitzende:

Schweizer

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet den Antrag Drucksache 17/1154 in seiner 12. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 20. Januar 2022.

Einer der beiden Initiatoren des Antrags dankte der Landesregierung für ihre Stellungnahme zu der vorliegenden Initiative. Er fügte hinzu, die Landesregierung habe zu der Rolle der BaFin und insbesondere zu der Wirkung der Rechtsaufsicht bei den Sparkassen gute und verständliche Ausführungen gemacht.

Ein Abgeordneter der Grünen wies darauf hin, seine Fraktion lehne den Beschlussteil des Antrags unter Abschnitt II ab. Dies beruhe u. a. darauf, dass das Land nicht über die Zuständigkeit verfüge, um das Begehren umzusetzen zu können. Die Zuständigkeit liege vielmehr bei der BaFin. Dies werde auch in der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag deutlich. Dennoch sei es wünschenswert, dass auch hier im Land Hinweise im Sinne des Antragsbegehrens gegeben würden.

Ein Abgeordneter der AfD fragte, ob das Land bei genossenschaftlichen oder öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten Einfluss auf die Konditionen hätte.

Der Minister für Finanzen teilte mit, das Land habe keinen unmittelbaren Einfluss, da es sich um operatives Geschäft der Banken handle. Falls gewünscht, könne er dem Ausschuss im Nachgang Informationen bereitstellen, wie Institute voringen, an denen das Land finanziell beteiligt sei.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende hielt fest, dass dies nicht gewünscht werde.

Der schon zu Wort gekommene Initiator des Antrags antwortete auf Frage seiner Vorrednerin, die Antragsteller verzichteten auf eine Abstimmung über Abschnitt II.

Sodann fasste der Ausschuss ohne förmliche Abstimmung die Beschlussempfehlung an das Plenum, den Antrag, Drucksache 17/1154 insgesamt für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstattung:

Dr. Reinhart

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst

7. Zu dem Antrag des Abg. Dennis Birnstock u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus – Drucksache 17/878 – Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) in Baden-Württemberg

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen, den Antrag des Abg. Dennis Birnstock u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/878 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter: Die Vorsitzende:
Köhler Erikli

Bericht

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst beriet den Antrag Drucksache 17/878 in seiner 6. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 19. Januar 2022.

Der Erstunterzeichner des Antrags dankte für die Stellungnahme der Landesregierung zu seiner Initiative und erklärte, positiv sei, dass Baden-Württemberg im Vergleich mit den anderen Bundesländern eine Spitzenposition im Bereich der Forschung einnehme. Dies lasse sich auch an den für Forschung und Entwicklung bereitgestellten Mitteln ableiten. Einen maßgeblichen Anteil der gestiegenen Ausgaben für Forschung und Entwicklung trage aber auch der Wirtschaftssektor. Im Gegensatz zu den Mitteln aus dem Wirtschaftssektor seien die Ausgaben aus den Bereichen Hochschule und Staat in prozentualer Hinsicht zum Bruttoinlandsprodukt auf einem relativ konstanten Niveau. Aufgrund dessen erachte er die Aussage des Stifterverbands für besorgniserregend, der feststelle, die Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung, vor allem im Wirtschaftssektor, würden erstmals seit sieben Jahren sinken. Gerade in der Automobilbranche, einer der Leitindustrien Baden-Württembergs, sei ein Rückgang der Ausgaben zu verzeichnen.

Daher interessiere ihn, welche Maßnahmen die Landesregierung vorsehe, um die Wirtschaft zu motivieren, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu erhöhen. Der Stellungnahme entnehme er, dass bereits erste Programme aufgelegt worden seien, beispielsweise die „Innovation Challenge“, welches seit dem Jahr 2018 einen niedrigschwelligen Zugang für kooperative Forschung biete. Zudem wolle er wissen, wie viele Unternehmen seither Challenges eingereicht hätten und auf welchen Betrag sich das Fördervolumen belaufe.

Bezüglich des Förderprogramms „Innovationsgutscheine“ bitte er um Auskunft, in welchem Ausmaß dieses nachgefragt würde und wie sich das Niveau der Nachfrage gestalte, ob dieses rückläufig sei oder steige.

Bei der Forschungsförderung kristallisierten sich Lieblingsthemen heraus, die künstliche Intelligenz und die Digitalisierung. In Bezug auf die Leitindustrien Baden-Württembergs interessiere ihn, wie beispielsweise beim Automobil- und beim Maschinenbau außerhalb der künstlichen Intelligenz sowie der Digitalisierung Anreize für weitere Forschungen gesetzt werden könnten.

Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP auf Bundesebene sehe vor, die Forschung zu steigern. Dies stelle möglicherweise den Startschuss für die anderen Bundesländer dar, in diesem Bereich aufzuholen. Aufgrund dessen müsse Baden-Württemberg darauf bedacht sein, seine Spitzenposition bei Forschung und Entwicklung zu halten.

Ein Abgeordneter der CDU merkte an, er danke vor allem dem Wirtschaftsministerium für die ausführliche Stellungnahme zu diesem Antrag. Es sei zwischen dem, was der Staat unternehmen könne, und dem, was die Industrie beeinflusse, zu unterscheiden. Daher wolle er wissen, in welchem Ausmaß die Automobilindustrie bei der Forschung und Entwicklung auf neue Bereiche wie beispielsweise selbstfahrende Autos setze.

Internationale Unternehmen würden zudem auf IT-Plattformen setzen. Er wolle wissen, ob Investitionen in IT-Plattformen unter Forschung und Entwicklung verbucht würden oder möglicherweise in einem anderen Themenfeld, obwohl die Entwicklung von IT-Plattformen zum größten Fortschritt bei Forschung und Entwicklung beitrage. Hierzu erwarte er in dieser Sitzung keine Beantwortung, sondern wolle die Fragen im Rahmen eines Antrags schriftlich beim Ministerium einreichen.

Bei den staatlichen außeruniversitären und universitären Forschungseinrichtungen erreiche Baden-Württemberg bei der Kapazität von Forschung und Entwicklung jeweils eine Spitzenposition. Allerdings liege das Land bei der Intensität in diesem Bereich lediglich im Bundesdurchschnitt. Ihm sei zwar bekannt, dass Stadtstaaten eine andere Struktur als Flächenländer aufwiesen, dennoch interessiere ihn, welche Gründe zu dieser Divergenz führten, ob dies möglicherweise in der unterschiedlichen Betrachtung von Prozentwerten und absoluten Zahlen begründet sei.

Ein Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus antwortete, die Frage nach der „Innovation Challenge“ könne er nicht beantworten, da dieses Programm im Wissenschaftsministerium angesiedelt sei.

Die „Innovationsgutscheine“ würden stetig nachgefragt. Seit dem letzten Jahr sei in Kooperation mit Invest BW ein zusätzliches Förderprogramm aufgesetzt worden, über das viele Vorhaben zielgerichtet weiterentwickelt würden. Eine Aufstellung über die detaillierten Zahlen der „Innovationsgutscheine“ reiche das Ministerium schriftlich nach, da ihm diese Informationen gegenwärtig nicht vorlägen.

Das Ministerium berücksichtige bei der Förderung von Vorhaben unterschiedliche Technologien. Neben dem Programm „Digitalisierung der Wirtschaft“ unterstütze es auch die Höchsttechnologien wie beispielsweise Quantentechnologie, Elektromobilität oder autonomes Fahren. Zudem achte es darauf, die Ausschreibungen von Förderaufrufen nicht zu eng zu fassen, um offen zu agieren und allen den Zugang zu ermöglichen. Dies lasse sich auch darauf zurückführen, dass einige Begriffe nicht in derselben Weise von Antragstellern und dem Ministerium verstanden würden.

Dem Ministerium sei nicht im Detail bekannt, in welche Bereiche die Automobilindustrie ihre Mittel investiere. Vermutlich variere dies je nach Unternehmen. Erkenntnisse ergäben sich bei den großen Automobilherstellern, die ihre Forschungsvorhaben gezielt in den Bereichen Elektromobilität, neue Antriebstechnologien, aber auch autonomes Fahren und IT forcierten. In diesen erfolge vieles auch ohne staatliche Unterstützung.

In welchem Umfang die Unternehmen IT-Plattformen entwickelten, stehe ihnen frei. Allerdings arbeiteten die großen Zulieferunternehmen sowie Automobilhersteller an diesem Thema, um eigenes Know-how aufzubauen und eigene Ideen umzusetzen.

Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst sicherte zu, die Daten zu dem Programm „Innovation Challenge“ schriftlich nachzureichen, und führte aus, dieses sei ein innovatives Format, das sukzessive weiter in Anspruch genommen werde. Im Oktober letzten Jahres habe beispielsweise eine Challenge zum Thema Leichtbau stattgefunden. Die Challenges böten zudem kleinen Mittelständlern Gelegenheit, sich an Innovationen zu beteiligen.

Im Bereich der künstlichen Intelligenz existiere das Cyber Valley, ein Forschungscampus, an dem über 1 000 Mitarbeiter arbeiteten und über 30 Start-ups angesiedelt seien. Für den Automobilssektor habe das Land den „InnovationsCampus Mobilität der Zukunft“ an der Schnittstelle zwischen den Hochschulen Karlsruhe und Stuttgart eingerichtet. Dort werde daran geforscht, den Maschinenbau, die Produktionsbereiche sowie Schwerpunkte der Mobilität digitaler zu gestalten und die Digitalisierung so zu integrieren, dass das Ingenieurwesen von Beginn an die Komponente IT miteinbeziehe. Das Land habe hierfür mittlerweile 50 Millionen € bereitgestellt. So hätten in kurzer Zeit Konsortien unterstützt werden können, die von der Wirtschaft geleitet würden und erfolgreich an Wettbewerben des Bundeswirtschaftsministeriums teilnähmen. Daraus resultierten auch zwei große Projekte der Hochschulen mit den Unternehmen der Privatwirtschaft, „Software-defined Manufacturing“ und „Software-defined Mobility“. Ihres Wissens hätten über diese Projekte Bundesförderungen in Höhe von 140 Millionen € für die nächsten Jahre eingeworben werden können.

Sowohl über den Innovationscampus „Künstliche Intelligenz“ mit den Universitäten Tübingen und Stuttgart, dem „InnovationsCampus Mobilität der Zukunft“ für den Automobilssektor mit den Hochschulen Karlsruhe und Stuttgart, als auch mit dem Innovationscampus „Heidelberg Mannheim Health & Life Science Alliance“ im Bereich des Gesundheitswesens setze das Land Anreize und Impulse für die Unternehmen, sich in den Hauptthemenfeldern des Landes zu engagieren, da dort die neuen Talente, die neuen Methoden sowie die neuen Erkenntnisse auf kürzestem Weg geliefert werden könnten. Das sehe sie als beste Antwort auf die Frage, wie der Hochtechnologiestandort Baden-Württemberg weiterentwickelt werden könne.

Daraufhin empfahl der Ausschuss dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/878 für erledigt zu erklären.

26.1.2022

Berichterstatter:

Köhler

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

8. Zu

- a) dem Antrag des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus – Drucksache 17/464
– Ausbildungssituation und Ausbildungsgarantie in Baden-Württemberg
- b) dem Antrag des Abg. Hans Dieter Scheerer u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus – Drucksache 17/877
– Ausbildungssituation und Ausbildungsgarantie in Baden-Württemberg – Ergänzung zu Drucksache 17/464

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei u. a. SPD – Drucksache 17/464 – und den Antrag des Abg. Hans Dieter Scheerer u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/877 – für erledigt zu erklären.

1.12.2021

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:
Hailfinger Dr. Schweickert

Bericht

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus beriet die Anträge Drucksachen 17/464 und 17/877 in seiner 6. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 1. Dezember 2021.

Der Erstunterzeichner des Antrags Drucksache 17/464 brachte vor, die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge sei in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Dabei liege der Rückgang im IHK-Bereich mit 22 % noch deutlich höher als der Rückgang im Handwerksbereich von 5,6 % im Vergleich zum Jahr 2018.

Im Jahr 2021 sei eine extreme Zurückhaltung seitens der Bewerbenden auf dem Ausbildungsmarkt festzustellen. Ein möglicher Grund hierfür sei, dass manche Schülerinnen und Schüler zur Berufsvorbereitung noch ein Schuljahr anhängten, um coronabedingte Bildungsrückstände aufzuholen.

Mit Spannung werde erwartet, wie sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt im Jahr 2022 darstellen werde. Vertreterinnen und Vertreter aus dem Gewerkschaftsbereich hätten die Sorge geäußert, dass es möglicherweise zu einem Nachholeffekt und somit zu einer Bugwelle kommen könnte und vielleicht nicht alle Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber versorgt werden könnten. Hingegen habe ein Wirtschaftsvertreter aus der Region Mannheim bei einem Gespräch in dieser Woche zum Ausdruck gebracht, dass er, auch mit Blick auf die demografische Situation, davon ausgehe, dass es nicht zu einem Bewerberüberhang kommen werde. In der Stadt Mannheim habe es im Sommer 2021 so wenig Schulabsolventen gegeben wie nie zuvor. Diese Entwicklung scheine sich in der Tendenz in den nächsten Jahren fortzusetzen.

Vor dem Hintergrund, dass die junge Generation im schulischen Bereich aktuell so hohen Belastungen ausgesetzt sei wie nie zuvor, stehe die Politik in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass kein Bewerber, der eine duale Ausbildung aufnehmen wolle, durchs Raster falle. Es zeichne sich ab, dass insbesondere Personen aus dem SGB-II-Bereich, für die auch eine erhöhte Betreuungsdensität während der Ausbildung erforderlich sei, Probleme hätten, im Jahr 2022 trotz einer allgemein guten Marktlage einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Insoweit stelle sich die Frage, ob die Unterstützungsmaßnahmen der Landesregierung in diesem Bereich ausreichen.

In der Stellungnahme zu den Ziffern 5 und 6 des Antrags Drucksache 17/464 habe die Landesregierung diverse Aktionen und Veranstaltungen zur beruflichen Orientierung und Ausbildungsvermittlung im Jahr 2021 aufgeführt, beispielsweise digitale Azubi-Speed-Datings und Ausbildungsmessen, virtuelle Parktika, Ausbildungsbotschafter-Wochen usw. Angesichts der Ausbildungszahlen scheinen diese Maßnahmen nur bedingt erfolgreich gewesen zu sein. Ihn interessiere, ob evaluiert worden sei, wie viele Personen durch die Maßnahmen erreicht worden seien, inwiefern die Maßnahmen erfolgreich gewesen seien, und ob es seitens der Partner, wie Kammern oder Schulen, Hinweise gebe, ob aus deren Sicht dieser Weg im nächsten Jahr weiter beschritten werden sollte. Zudem wolle er wissen, ob der erwähnte Informationsflyer „NEXT LEVEL: ZUKUNFT“ flächendeckend an alle Vorabgangsklassen verteilt worden sei. Er habe aus dem privaten Bereich die Rückmeldung erhalten, dass eine unter die Zielgruppe fallende Person diesen Flyer nicht erhalten habe.

In der Stellungnahme zu den Ziffern 11 und 12 des Antrags Drucksache 17/464 werde ausgeführt, dass durch die Verbundausbildung zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen würden. Hierzu interessiere ihn, um wie viele Ausbildungsplätze es sich hierbei handle und wo diese entstanden seien. Nach den bisherigen Erfahrungen sei die Verbundausbildung zwar ein Mittel, das zum Krisenszenario gehöre, das aber in der Vergangenheit keinen großen Hebeleffekt habe entfalten können.

Darüber hinaus bitte er das Wirtschaftsministerium, darzulegen, wie weit die Überlegungen für eine Ausbildungsgarantie vorangeschritten seien und bis wann dem Ausschuss konkrete Planungen vorgelegt würden, die eine Bewertungsmöglichkeit eröffnen. Er bitte auch um Erläuterung, was eine Ausbildungsgarantie aus dem Blickwinkel des Wirtschaftsministeriums bedeute, ob eine solche Garantie schon dann erfüllt sei, wenn genügend Ausbildungsstellen vorhanden seien, oder ob dies auch bedeute, dass sich das Land auch um Bewerber kümmerge, die ohne eine entsprechende Unterstützung keinen Ausbildungsvertrag bekommen, und wie gegebenenfalls eine solche Unterstützung aussehen könnte.

In der Stellungnahme zu Ziffer 6 des Antrags Drucksache 17/877 habe das Wirtschaftsministerium eine Reihe von Maßnahmen aufgeführt, um einer mangelnden Ausbildungseignung von Jugendlichen entgegenzuwirken, u. a. den unter SPD-Regierungsbeteiligung eingeführten Bildungsgang AVdual, ein Erfolgsmodell, das richtigerweise ausgeweitet werden solle.

Die Stadt Mannheim wolle ein spezielles Programm zur Ausbildungsunterstützung für Jugendliche aus dem SGB-II-Bereich auflegen. Hierzu würden Unternehmen wie die städtische Wohnungsbaugesellschaft oder die städtischen Verkehrsbetriebe kontaktiert mit der Bitte, für diese Zielgruppe Ausbildungsplätze mit besonderer Begleitung zu schaffen. Er bitte um Auskunft, ob die Landesregierung bereit sei, solche Maßnahmen zu unterstützen, und zwar nicht nur als Förderer, sondern ganz konkret als Ausbildungsplatzanbieter – beispielsweise bei Vermögen und Bau Mannheim – die Zielgruppe, die sonst Probleme auf dem Ausbildungsmarkt habe, zu unterstützen.

Der Erstunterzeichner des Antrags Drucksache 17/877 führte aus, festzustellen sei, dass es auf dem Arbeitsmarkt eine „Coronadelle“ gebe. Die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Ausbildungsmarktsituation in den Jahren 2022 und 2023 sei noch unklar. Allgemein gebe es weniger Ausbildungsplatzbewerber als angebotene Ausbildungsplätze, wobei jedoch die Situation je nach Berufsbereich sehr unterschiedlich sei.

Die Stellungnahme der Landesregierung unterstreiche die Erkenntnis, dass viele Ausbildungsstellen wegen einer mangelnden Eignung der Bewerber nicht besetzt werden könnten. Ihn interessiere was das Wirtschaftsministerium hiergegen unternehme. Nach Ansicht der Antragsteller sollte hierbei auch eine Abstimmung mit dem Kultusministerium erfolgen, um die schulische Ausbildung so zu optimieren, dass die Ausbildungseignung der Bewerber gegeben sei.

Handwerksverbände und Handwerksbetriebe wiesen darauf hin, dass der Ausbildungsberuf an Attraktivität verloren habe. Politische Vorstellungen, wonach 50 % eines Jahrgangs unbedingt studieren müssten, seien der Gewinnung von Auszubildenden abträglich. Ihn interessiere, wie nach den Vorstellungen des Wirtschaftsministeriums die Attraktivität der Ausbildungsberufe so gesteigert werden könne, dass sich genügend junge Menschen für eine Ausbildung entschieden.

Viele Handwerksbetriebe böten nach eigener Aussage deswegen keinen Ausbildungsplatz an, weil ihnen die bürokratischen Vorgaben hierfür zu hoch seien. Er bitte das Wirtschaftsministerium, darzulegen, wie Bürokratie in diesem Bereich abgebaut werden könne, um die Attraktivität der Ausbildung für die Arbeitgeber zu erhöhen.

Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus legte dar, das Wirtschaftsministerium wisse den Wert der beruflichen Ausbildung sehr zu schätzen. Das Ministerium unternehme große Anstrengungen, um die berufliche Ausbildung in Baden-Württemberg zu stärken. Die berufliche Ausbildung trage zu einem hohen Qualifizierungsniveau in den Betrieben bei und sei damit ein Standortvorteil Baden-Württembergs und ein Erfolgsfaktor der baden-württembergischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb.

In Baden-Württemberg sei eine zunehmende Zahl an Studierenden und eine abnehmende Zahl an jungen Menschen, die sich für eine berufliche Ausbildung entschieden, festzustellen. Eine politische Vorstellung, wonach 50 % eines Jahrgangs studieren sollten, gebe es bei der Landesregierung nicht. Vielmehr gelte eine Gleichwertigkeit von Studium und beruflicher Ausbildung. Sie selbst habe sich dafür ausgesprochen, die Bezeichnungen „Master Professional“ und „Bachelor Professional“ optional verwenden zu dürfen. Dies sei auch ein Wunsch der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handwerkskammern gewesen.

Im Rahmen des Ausbildungsbündnisses finde auf Arbeitsebene ein stetiger Austausch mit allen Akteuren, die in der Ausbildung Verantwortung trügen, statt. Daneben gebe es regelmäßige Spitzengespräche. An dem letzten Spitzengespräch habe auch die Staatssekretärin im Kultusministerium teilgenommen.

Das Kultusministerium habe versichert, dass der Informationsflyer „NEXT LEVEL: ZUKUNFT“ an die Schülerinnen und Schüler der Vorabgangsklassen aller allgemeinbildenden Schulen verteilt werde. Wenn es Hinweise gebe, dass dies in einzelnen Schulen nicht erfolgt sei, müsste dem einmal auf den Grund gegangen werden; dann könnte gegebenenfalls der Flyer über das Kultusministerium nachgereicht werden.

Im Sommer 2021 hätten die Partner des Ausbildungsbündnisses, nachdem coronabedingt eine große Zurückhaltung auf dem Ausbildungsmarkt bestanden habe, im Rahmen der Ausbildungs-offensive „Restart Ausbildung“ eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Attraktivität und die Sichtbarkeit der beruflichen Ausbildung zu stärken. Die Maßnahmen hätten zu einer besse-

ren Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt geführt. Die genaue Wirkung könne aber nicht quantifiziert werden.

Coronabedingt hätten ca. 50 % der berufsorientierten Angebote nicht wie geplant stattfinden können. Bildungsmessen seien digital durchgeführt worden, hätten dabei aber nicht in dem gewohnten Umfang genutzt werden können. Die Durchführung konkreter Informationsveranstaltungen an den Schulen habe sich pandemiebedingt schwierig gestaltet. So habe es auch seitens der Ausbildungsbotschafter und Senior-Ausbildungsbotschafter eine große Zurückhaltung gegeben. Das Ausbildungsbündnis führe daher den starken Rückgang der Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber in weiten Teilen darauf zurück, dass die Instrumente, um für die Ausbildung zu werben, nicht in dem üblichen Umfang hätten eingesetzt werden können.

Derzeit gebe es unterschiedliche Einschätzungen dazu, ob es im nächsten Jahr eine „Welle“ am Ausbildungsmarkt geben werde. Im Ausbildungsbündnis gebe es einen Konsens darüber, dass eine Ausbildungsgarantie im Moment nicht erforderlich sei. Mit 1,4 offenen Ausbildungsstellen je Bewerberin und Bewerber gebe es derzeit einen Bewerbermarkt. Zum Stand September 2021 seien 10 000 Ausbildungsstellen im Land unbesetzt gewesen.

Das Ministerium befinde sich im Austausch mit den Mitgliedern des Ausbildungsbündnisses, um, wenn dies notwendig werde, eine Ausbildungsgarantie auf den Weg zu bringen. Dabei gelte es zu berücksichtigen, wie sich entsprechende Planungen des Bundes für eine Ausbildungsgarantie konkretisierten, um doppelte Arbeit zu vermeiden. Hierzu werde das Land mit dem Bund im Austausch stehen.

Das Land habe die Verbundausbildung gestärkt, um für den Fall vorzusorgen, dass bestimmte Bereiche in Betrieben nicht abgedeckt werden könnten. Hierfür sei die Förderung ab September 2021 von 2 000 € auf 4 000 € pro Auszubildendem erhöht worden.

Das Wirtschaftsministerium habe ein Förderprogramm für Ausbildungsscouts auf den Weg gebracht, um bei den Betrieben aktiv für neue Ausbildungsplätze zu werben. Auch wenn es aktuell einen Bewerbermangel auf dem Ausbildungsmarkt gebe, sei die Attraktivität der Ausbildung ein wesentliches Kriterium, damit sich junge Menschen für eine Ausbildung entschieden.

Das Wirtschaftsministerium trete gerne – auch über das Ausbildungsbündnis – mit der Stadt Mannheim in Kontakt, um Erfahrungen zu Ausbildungsmaßnahmen auszutauschen. Die Landesregierung biete auch selbst Ausbildungsplätze an. Eine Ausbildung erfolge im Prinzip aus eigenem Bedarf, sodass die Auszubildenden eine klare Perspektive hätten. Es sei auch allgemein bekannt, dass Betriebe, die nicht selbst ausbildeten, von der Ausbildungsleistung anderer profitierten. Die ausbildenden Betriebe nähmen dies auch bewusst in Kauf.

Die duale Ausbildungsvorbereitung (AVdual) sei ein Erfolgsmodell. Junge Menschen, die sich schwertäten, eine Ausbildung zu bekommen, würden hierbei über Praxisphasen an eine Ausbildung herangeführt. AVdual sei sehr erfolgreich weiterentwickelt worden und solle sukzessive flächendeckend auf das ganze Land ausgeweitet werden. Hierzu befinde sich das Wirtschaftsministerium, auch im Rahmen des Ausbildungsbündnisses, in einem sehr engen Kontakt mit dem Kultusministerium.

Ein Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus teile mit, das Ministerium könne die erbetenen Zahlen zur Verbundausbildung nicht auflisten, weil die Zahl der Ausbildungen, die im Verbund stattfänden, statistisch nicht erfasst werde. Nachgereicht werden könne die Zahl der geförderten Verbundausbildungen. Hierzu sei aber eine Rücksprache mit der Agentur für Arbeit erforderlich. Denn hier sei sowohl eine Förderung über das in der Folge der Coronapandemie aufgelegte Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ als auch über das Landesprogramm „Azubi im Verbund“ möglich. Eine

entsprechende Zusammenstellung könne das Ministerium gern nachliefern.

Der Erstunterzeichner des Antrags Drucksache 17/464 merkte an, er halte es für wichtig, die Wirksamkeit aller ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation zu überprüfen, um beurteilen zu können, ob sich das dort investierte Geld lohne oder nicht an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt wäre. Auch aus dem Kultusministerium höre er häufig, dass keine Zahlen zur Wirksamkeit von Maßnahmen vorlägen. Gerade vor dem Hintergrund, dass unklar sei, wie lange die Coronasituation den Ausbildungsmarkt noch belasten werde, sei es wichtig, einen Instrumentenkasten mit wirksamen Maßnahmen zur Verfügung zu haben.

Das Thema „50%-Quote bei Studium/Berufsausbildung“ begegne ihm immer wieder. Festzustellen sei, dass die Studienanfängerquote mittlerweile schon über 50 % liege. Insofern wäre eine 50%-Quote perspektivisch vielleicht sogar eine Chance für das duale Ausbildungssystem. Es gelte zu bedenken, dass die Bereitschaft, eine duale Ausbildung zu absolvieren, auch immer von der Attraktivität des Ausbildungsberufs sowie der Einschätzung der Aufstiegschancen und der Verdienstmöglichkeiten abhängt.

Er teile die Einschätzung, dass das duale Ausbildungssystem einen großen Wettbewerbsvorteil für die heimische Wirtschaft darstelle. Dieser Wettbewerbsvorteil drohe aber verloren zu gehen, wenn das Land den Fachkräftemangel nicht in den Griff bekomme. In diesem Zusammenhang sei er auch interessiert an Erfahrungswerten zur Einführung des Bachelor/Master of Craft.

Ihn interessiere, welches nach Einschätzung der Wirtschaftsministerin ein geeigneter Zeitpunkt wäre – z. B. der 1. März oder der 1. April 2022 –, um sich nach dem Stand der Arbeit des Ausbildungsbündnisses zu erkundigen, bzw. ob vereinbart werden könne, dass das Ministerium zu entsprechender Zeit dem Ausschuss mündlich oder schriftlich hierüber berichte.

Das Angebot der Wirtschaftsministerin bezüglich eines Erfahrungsaustauschs mit der Stadt Mannheim nehme er gern auf und übermittle es an die entsprechenden städtischen Gremien wie den gemeinderätlichen Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Soziales. Zu dem konkreten Anliegen habe die Ministerin jedoch noch keine Aussage getroffen. Ihm gehe es darum, dass das Land selbst mit dem Angebot spezieller Ausbildungsplätze für die SGB-II-Zielgruppe Verantwortung übernehme. Die Stadt Mannheim könne hier gern als Modell ins Gespräch kommen. Ihn interessiere, ob die Aussage der Ministerin so zu verstehen sei, dass eine Ausweitung der Zahl der Ausbildungsstellen für die SGB-II-Zielgruppe beim Land bislang noch nicht seitens der Landesregierung diskutiert worden sei.

Der bereits genannte Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus trug vor, die Ausbildungsstellen des Landes seien in ganz unterschiedlichen Behörden angesiedelt, auch im nachgeordneten Bereich. Die Ausbildungsleistung des Landes sei in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Für das Jahr 2020 hätten knapp 11 000 Ausbildungsverhältnisse beim Land erfasst werden können, darunter rund 3 400 Beamtenausbildungen für den mittleren Dienst. Damit seien Angebote für unterschiedliche Zielgruppen vorhanden.

Die Angebote für Jugendliche mit Förderbedarfen würden statistisch nicht eigens erfasst. Hierzu müssten auch die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit gegengelegt werden, was Unterstützungsmaßnahmen wie „AsA flex“, Reha-Ausbildungen und Ähnliches und die Übergänge aus SGB II anbetreffe.

Die politische Frage der Ausweitung der Aktivitäten hänge auch mit dem konkreten Bedarf zusammen. Hier gelte es genauso wenig am Bedarf vorbei auszubilden wie bei den Ausbildungsaktivitäten aller anderen Wirtschaftsakteure.

Der Erstunterzeichner des Antrags Drucksache 17/877 äußerte, einer OECD-Studie zufolge sei davon auszugehen, dass weltweit 50 % aller Schulabgänger ein Studium aufnehmen. In diesem Zusammenhang sei jedoch darauf hinzuweisen, dass die Qualität der dualen Ausbildung in Deutschland höher zu bewerten sei als die Qualität manchen Studiengangs in anderen Staaten. Nichtsdestotrotz sei auch in dem Parteiprogramm mancher deutscher Partei die Idee enthalten, dass mindestens 50 % aller Schulabgänger ein Studium aufnehmen sollten.

Viele Gymnasiasten bekämen noch von ihren Lehrkräften oder dem Elternhaus den Eindruck vermittelt, eine Ausbildung wäre von geringerem Wert als ein Studium. Hier bestehe sicher noch Aufklärungsbedarf darüber, dass eine duale Ausbildung auch für Abiturienten attraktiv sein könne. Auf die gesamte Lebensarbeitszeit betrachtet könne der Verdienst eines Handwerksmeisters höher sein als der eines Absolventen eines bestimmten Studiengangs. Auch wenn sich der Ausbildungsmarkt zu einem Bewerbermarkt entwickelt habe, könne sich die Situation in Zukunft auch wieder anders darstellen. Ihn interessiere, ob seitens des Ministeriums Maßnahmen angedacht seien, um die Attraktivität für Unternehmen zu erhöhen, Arbeitsplätze anzubieten, z. B. durch Bürokratieabbau.

Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hob hervor, auch in der Coronazeit seien die Ausbildungsverläufe stabil geblieben. Dies sei eine große Leistung der auszubildenden jungen Menschen und der ausbildenden Betriebe. Der Anteil der vorzeitig aufgelösten Ausbildungsverträge sei von 23,8 % im Jahr 2019 auf 22 % im Jahr 2020 gesunken. Der Anteil der erfolgreichen Abschlussprüfungen verharre mit 93,6 % im Jahr 2020 nach 94,1 % im Jahr 2019 auf einem hohen Niveau. 76 % der ausgebildeten Absolventen seien im Jahr 2020 von ihren Betrieben übernommen worden. Nachvollziehbarerweise seien in der Hotellerie und Gastronomie, die grundsätzlich sehr stark mit Auszubildenden arbeiteten, aufgrund der Sondersituation Schwierigkeiten auf beiden Seiten – Ausbildungsbetriebe und Auszubildende – aufgetreten. Grundsätzlich habe es jedoch über alle Branchen hinweg stabile Ausbildungsverläufe gegeben, was sie sehr positiv stimme.

Eine Ausbildung basiere darauf, dass Unternehmen Zeit, finanzielle Mittel und Wissen in junge Menschen investierten. Dies stelle für die Unternehmen auch einen organisatorischen Aufwand dar. Für die kleineren Betriebe bedeute dies einen relativ größeren Aufwand als für größere Betriebe mit großen Personalabteilungen und strukturierten Organisationsprozessen. Dennoch engagierten sich auch viele kleinere Betriebe in der Ausbildung. Der bürokratische Aufwand werde von den Unternehmen nicht als großes Hindernis für die Ausbildung angeführt. Dennoch arbeite das Land stetig daran, Bürokratie abzubauen. Baden-Württemberg habe sogar als erstes Bundesland Zielvorgaben für den Bürokratieabbau im Koalitionsvertrag quantifiziert.

Vor dem Hintergrund des Bewerbermangels auf dem Ausbildungsmarkt müsse alles dafür getan werden, die Attraktivität der Ausbildung zu steigern, aber vor allem auch mehr junge Menschen für eine Ausbildung zu gewinnen. Hierfür sei es sehr wichtig, durch berufsorientierte Angebote junge Menschen und deren Eltern zu informieren. Hierbei komme auch den Senior-Ausbildungsbotschaftern eine wichtige Rolle zu. Coronabedingt hätten jedoch viele Maßnahmen nicht stattfinden können.

Sie bitte nochmals um Konkretisierung, zu welchen Einzelmaßnahmen eine Einschätzung bzw. Rückmeldung gewünscht werde. Aufgrund des enormen bürokratischen Aufwands könne nicht zu jeder Einzelmaßnahme ein Wirkungsgrad ermittelt werden. Die Maßnahmen würden jedoch ganz eng mit den Akteuren des Ausbildungsbündnisses abgestimmt, um möglichst zielorientiert zu agieren und die vorhandenen Mittel zielgerichtet einzusetzen.

Um die Ausbildung noch attraktiver zu gestalten, würden künftig noch verschiedene weitere Einzelmaßnahmen ergriffen. Über die AzubiCard erhielten die Auszubildenden vergleichbare Vergüns-

tigungen wie Studierende. Die Einführung eines Azubi-Tickets, für die das Verkehrsministerium die Verantwortung trage, sei für Herbst 2022 geplant. Darüber hinaus setzten sich die Akteure auch mit dem Thema Azubiwohnen auseinander.

Ein Abgeordneter der Grünen bemerkte, das Land habe in den letzten Jahren sehr viel unternommen, um die Attraktivität der Ausbildung zu steigern. Auch der Baden-Württembergische Handwerkstag und der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag hätten hierfür einen wertvollen Beitrag geleistet.

Ein großes Problem bestehe nicht nur darin, genügend Auszubildende zu finden, um den Fachkräftebedarf zu decken, sondern auch darin, die ausgebildeten Fachkräfte in den Ausbildungsbetrieben zu halten. Es gebe Gewerke, bei denen rund 90 % der Fachkräfte in den ersten zwei Jahren nach Beendigung der Ausbildung den Beruf verließen. Hier müssten noch große Anstrengungen unternommen werden, um die Attraktivität der Berufe zu steigern.

Die Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Ausbildungsberufen müssten die Pädagoginnen und Pädagogen, die Eltern sowie das soziale Umfeld der jungen Menschen einbeziehen. Hier sei in den letzten Jahren schon viel unternommen worden, jedoch müssten die Anstrengungen noch weiter intensiviert werden.

Der Koalitionsvertrag beinhalte viele wichtige Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung, die teilweise schon umgesetzt worden seien. Dies zeige, dass die Koalition auf dem richtigen Weg sei. Dennoch gelte es, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Attraktivität der Handwerksberufe zu steigern und die ausgebildeten Fachkräfte im Handwerk zu halten.

Der Erstunterzeichner des Antrags Drucksache 17/464 äußerte, allein an der Zahl der Ausbildungsabschlüsse werde deutlich, dass die bisherigen Bemühungen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation nicht ausreichten. Bei differenzierter Betrachtung werde deutlich, dass die bisherige Höchstzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2018 erreicht worden sei und ein Rückgang dieser Zahl bereits vor der Coronapandemie eingesetzt habe. Wichtig sei daher, kritisch zu prüfen, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation gewirkt hätten und welche nicht. Konkret könnte beispielsweise erhoben werden, wie viele Personen durch die digitalen Azubi-Speed-Datings erreicht worden seien und bei wie vielen Personen diese in eine Ausbildung gemündet seien. Dies könnte relativ leicht durch Fragebögen und im Kontakt mit den Ausbildern erhoben werden. Zudem halte er es für notwendig, quantitativ zu erheben, wie hoch die Beteiligung an den angebotenen Ausbildungsmessen gewesen sei und wie viele Personen durch die Ausbildungsbotschafter erreicht worden seien.

Den Ausführungen der Wirtschaftsministerin und des Ministeriumsvertreters entnehme er, dass mit dem Ausbildungsangebot des Landes zwar sämtliche Niveaustufen abgebildet würden, dass aber bislang noch nicht in der Diskussion sei, ein gezieltes Zusatzangebot für die Zielgruppe der SGB-II-Jugendlichen für das nächste Jahr zu machen. Aus der Wirtschaft sei zu hören, dass hier eine große Zurückhaltung bestehe und sich hier möglicherweise eine Lücke auftue.

Von den Gymnasien aus gebe es zwar einen relativ guten Zugang zum dualen System, jedoch herrsche an den Gymnasien oftmals die falsche Auffassung vor, dass die gymnasiale Ausbildung vornehmlich auf das Studium abziele. Häufig bestehe seitens der Lehrkräfte an den Gymnasien eine starke Zurückhaltung, Maßnahmen, um für die duale Ausbildung zu werben, im Unterricht zu integrieren. Hier bestehe nach wie vor Handlungsbedarf.

Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus teilte mit, erhoben worden sei, dass in den letzten Monaten, geprägt durch Corona, ca. 50 % der berufsorientierten Maßnahmen nicht hätten durchgeführt werden können.

Ausbildungsmessen würden häufig von den Kommunen vor Ort oder den Schulen in eigener Verantwortung durchgeführt. Insofern sei es für die Landesregierung sehr schwierig, hierüber ein vollumfassendes Bild darzustellen.

Bislang hätten mit Ausbildungsbotschaftern aus 220 Berufen in landesweit rund 14 200 Schuleinsätzen mehr als 362 500 Schülerinnen und Schüler erreicht werden können. Hier sei ein großer Wirkungsgrad erzielt worden. Das Feedback sei positiv.

Darüber hinaus könne sie eine Rückmeldung zusagen, wie viele Personen durch die Azubi-Speed-Datings erreicht worden seien.

Ihr Ministerium sei gern bereit, sich über die von der Stadt Mannheim geplanten Ausbildungsmaßnahmen für junge Menschen aus dem SGB-II-Bereich zu informieren und mit der Stadt auszutauschen und weitere Schritte abzuwägen. Dann könne gegebenenfalls im Rahmen der Landesregierung die Diskussion darüber angestoßen werden, welche Unterstützungsmöglichkeiten hier bestünden. Das Wirtschaftsministerium selbst habe keine großen nachgelagerten Bereiche. Ausbildungsangebote in größerem Umfang gebe es vor allem in den Zuständigkeitsbereichen des Innen- und des Kultusministeriums.

Ohne Widerspruch beschloss der Ausschuss dem Plenum zu empfehlen, die Anträge Drucksachen 17/464 und 17/877 für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Berichterstatter:

Hailfinger

9. Zu dem Antrag der Abg. Hans Dieter Scheerer und Dr. Hans-Ulrich Rülke u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Staatsministeriums – Drucksache 17/554 – Strukturen und Akteure der Innovationspolitik des Landes Baden-Württemberg

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Abg. Hans Dieter Scheerer und Dr. Hans-Ulrich Rülke u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/554 – für erledigt zu erklären.

1.12.2021

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhart

Der Vorsitzende:

Dr. Schweickert

Bericht

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus beriet den Antrag Drucksache 17/554 in seiner 6. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 1. Dezember 2021.

Der Erstunterzeichner des Antrags brachte vor, die Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums bestätige die Vermutung der Antragsteller, dass es in der Innovationspolitik des Landes mit

den entsprechenden Fördermöglichkeiten viele Doppelstrukturen gebe und insoweit Optimierungsbedarf bestehe. Beispielsweise gebe es inhaltliche Dopplungen zwischen den Aufgaben des Technologiebeauftragten des Landes und den Zuständigkeiten der ClusterAgentur Baden-Württemberg und der Landesagentur e-mobil BW.

Im Zuge des Zweiten Nachtragshaushalts sei das Budget des Technologiebeauftragten für den Personalaufwand von 662 000 € auf 922 000 € und für den Sachaufwand von 309 000 € auf 750 000 € erheblich gesteigert worden. Eine Begründung, warum diese hohe Steigerung notwendig sei, habe er nicht vernommen. Die Aufgaben, die der Technologiebeauftragte zu leisten habe, seien schon in bestehenden Förderprogrammen beinhaltet. Die für den Technologiebeauftragten veranschlagten Mittel von mehr als 1,6 Millionen € könnten an anderer Stelle eine sinnvollere Verwendung finden.

Er hätte sich gewünscht, dass das Strategy Board, welches auch als Kontrollorgan fungiere und auf eine angemessene Mittelverwendung achten solle, nicht ausschließlich mit Ministeriumsmitarbeitern besetzt wäre, sondern auch mit Vertretern der Legislative und mit Externen, damit die Vorgänge offen und transparent seien.

Das Wirtschaftsministerium führe in seiner Stellungnahme aus, dass eine umfangreiche Evaluation der Arbeit des InnoLab bw erst nach einer gewissen Zeit vorgenommen werden könne. Hier sollte sichergestellt werden, dass ordnungsgemäß geprüft werde, wofür die eingesetzten Steuergelder verwendet würden.

Festzuhalten bleibe, dass die Position des Technologiebeauftragten überzogen sei, weil dessen Tätigkeiten in anderen Programmen enthalten seien. Die hierfür eingesetzten Mittel hielten die Antragsteller für Verschwendung von Geld. Eine Kontrolle sei in keiner Weise gewährleistet.

Ein Abgeordneter der CDU führte aus, die Stellungnahme der Landesregierung zu dem vorliegenden Antrag biete einen guten Überblick über die Innovationspolitik des Landes. Die Fragestellungen der Antragsteller seien zielführend und sinnvoll. Allerdings halte er die Conclusio des Erstunterzeichners für überzogen. Eine Mittelverschwendung in dem angesprochenen Bereich könne er nicht erkennen. Der Technologiebeauftragte der Landesregierung habe in den vergangenen Jahren eine sehr konstruktive und gute Arbeit geleistet. Dies sollte nicht schlechtgeredet werden.

Zweifellos komme es bei der Tätigkeit des Technologiebeauftragten, der in dieser Funktion den Blick in die Zukunft richte und Innovationstrends beobachte, auch zu Überlappungen mit den vielfältigen Aktivitäten des Landes im Bereich der Innovation. Die Koordinierung der verschiedenen innovationspolitischen Aufgaben in den einzelnen Ministerien erfolge über das Staatsministerium. Dort liege auch die Zuständigkeit für das InnoLab bw, den Strategiedialog Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg und den Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg.

Die in der Stellungnahme der Landesregierung genannten innovationspolitischen Einrichtungen wie die BIOPRO Baden-Württemberg GmbH, die Leichtbau BW GmbH, die Umwelttechnik BW GmbH, die e-mobil BW GmbH und die ClusterAgentur Baden-Württemberg seien zum Teil schon vor mehr als zehn Jahren, auch unter FDP/DVP-Regierungsbeteiligung, eingerichtet worden.

Angesichts der anstehenden Aufgaben im Bereich der Innovationspolitik halte er den veranschlagten Personalaufwand und Sachaufwand für den Technologiebeauftragten für sehr überschaubar. Sicherlich könne es bei dessen Tätigkeiten auch zu Überschneidungen mit anderen innovationspolitischen Aktivitäten des Landes kommen. Um dies zu bewerten, sollte eine konstruktive Evaluation abgewartet werden. Wenn hier Doppel-

strukturen zutage träten, sei die CDU gern bereit, hierüber zu sprechen und nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen.

Ein Abgeordneter der Grünen merkte an, er schließe sich den Ausführungen seines Vorredners bezüglich des Technologiebeauftragten an.

In der Stellungnahme der Landesregierung zu dem vorliegenden Antrag sei sehr gut herausgearbeitet, welche Herausforderungen im Bereich der Innovationspolitik in den nächsten Jahren bestünden, um den Transformationsprozess der Wirtschaft zu gestalten. Dabei würden auch die zukünftigen Schlüsseltechnologien wie Greentech, alternative Antriebe, grüner Wasserstoff, Digitalisierung, künstliche Intelligenz oder auch Film- und Medienwissenschaft in den Blick genommen.

Die Bedeutung von Innovationen sei in der aktuellen Pandemie deutlich geworden, in der es gelungen sei, frühzeitig einen Impfstoff zum Schutz der Bevölkerung zu entwickeln.

Für eine erfolgreiche Innovationspolitik sei die Verknüpfung von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung notwendig. Positiv zu erwähnen sei hierbei auch das beim Staatsministerium angesiedelte InnoLab bw. Ähnliche Verfahrensweisen hätten auch in den Koalitionsvertrag zur Bildung einer neuen Bundesregierung Eingang gefunden. Auch daran werde deutlich, dass sich die Landesregierung mit ihrer Innovationspolitik auf einem guten Weg befinde.

Ohne Widerspruch beschloss der Ausschuss, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag Drucksache 17/554 für erledigt zu erklären.

15.12.2021

Berichterstatter:

Dr. Reinhart

10. Zu dem Antrag des Abg. Nikolai Reith u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus – Drucksache 17/1043 – Pressearbeit des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Nikolai Reith u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/1043 – für erledigt zu erklären.

1.12.2021

Der Berichterstatter:

Herkens

Der Vorsitzende:

Dr. Schweickert

Bericht

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus beriet den Antrag Drucksache 17/1043 im öffentlichen Teil seiner 6. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand,

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

am 1. Dezember 2021. Über die Beratung wurde ein Wortprotokoll geführt.

Im Anschluss an die Aussprache beschloss der Ausschuss ohne Widerspruch, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag Drucksache 17/1043 für erledigt zu erklären.

22.12.2021

Berichtersteller:

Herkens

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

11. Zu dem Antrag des Abg. Raimund Haser u. a. CDU und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/881 – Wegebau im Wald

Daraufhin empfahl der Ausschuss dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/881 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstatter:

Röderer

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Raimund Haser u. a. CDU – Drucksache 17/881 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:
Röderer Hahn

Bericht

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet den Antrag Drucksache 17/881 in seiner 4. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 19. Januar 2022.

Der Erstunterzeichner des Antrags legte dar, ihn wundere in Bezug auf die naturschutzrechtliche Eingriffsbewertung die unterschiedliche Rechtsauffassung zwischen Baden-Württemberg und Bayern. Dies sei auch der Hintergrund des Antrags gewesen. Er sei darauf angesprochen worden, dass die Eingriffsbewertung in Bayern anders gesehen werde. Es komme darauf an, wie der Waldwegebau interpretiert werde, ob es sich dabei um einen Beitrag zur Walderhaltung und damit im Sinne des Naturschutzgesetzes handle oder ob er anderen Zwecken diene. Bezüglich dieser Interpretation unterschieden sich Baden-Württemberg und Bayern.

Er werde sich diesbezüglich noch einmal mit dem Ministerium ins Benehmen setzen. Seines Erachtens brauche es für den Erhalt von Waldwegen keinen ökologischen Ausgleich. Hinzu komme, dass ein großer Teil der Böschung am Wegesrand wiederum als positiver Ökobeitrag bewertet werden könne.

Ein Abgeordneter der Grünen brachte vor, Waldwege dienen in erster Linie der Bewirtschaftung der Wälder. Aus diesem Grund müssten sie entsprechend ausgestattet sein. Dazu gehörten Kurvenradien und Steigungshöhen, die beispielsweise für den Holzabtransport geeignet seien. Dies führe zu größeren Eingriffen beim Waldwegebau. Waldwege wiesen in der Regel eine Mindestbreite von 3,5 m sowie jeweils 0,5 m Bankett auf jeder Seite des Weges auf. Das Baufeld selbst könne dagegen während des Eingriffs bis zu 15 m breit sein. Es handle sich daher um einen großen Eingriff in den Naturhaushalt und die Landschaft, der einen Ausgleich benötige.

Auch wenn es teilweise noch Erschließungslücken im Kleinprivatwald gebe, besitze Baden-Württemberg insgesamt bereits ein dichtes und ausreichend großes Waldwegenetz, sodass der Neubau von Waldwegen kaum noch nötig sei. Die Frage nach einem ökologischen Ausgleich durch den Bau von Waldwegen stelle sich im Land daher seines Erachtens kaum.

12. Zu dem Antrag der Abg. Georg Heitlinger und Klaus Hoher u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 17/894 – Potenziale des Carbon Farming für eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft und den Klimaschutz

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Abg. Georg Heitlinger und Klaus Hoher u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/894 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:
Burger Hahn

Bericht

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet den Antrag Drucksache 17/894 in seiner 4. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 19. Januar 2022.

Der Erstunterzeichner des Antrags führte aus, er empfinde die Stellungnahme zum Antrag als relativ nichtssagend. Ein grundsätzliches Problem stelle die sektorenweise Betrachtung in Bezug auf die Treibhausgasreduktion dar. Die erzeugte Energie aus Biogasanlagen werde beispielsweise nicht dem Sektor Landwirtschaft gutgeschrieben, sondern dem Sektor Energiewirtschaft.

In Bezug auf die CO₂-Reduktionsmaßnahmen der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU sei beispielsweise aus dem Anhang II der Bundesratsdrucksache 713/21 ersichtlich, dass die Niederlande bis zum Jahr 2030 erheblich mehr CO₂-Äquivalente emittieren dürften als bisher. Dies habe er bereits in einer Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales angesprochen und nachgefragt, wie das zustande komme. Es sei zwar eine Erklärung versucht worden, die für ihn jedoch wenig schlüssig gewesen sei. Dies liege daran, dass er die Grundlagenberechnung des Sektors Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) als nicht transparent und nicht logisch erachte.

Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Laut Stellungnahme zum Antrag sei die Bedeutung des Humusaufbaus zur Bindung von Kohlenstoff noch als gering anzusehen. Es existierten jedoch bereits verschiedene Projekte, die sich mit dem Humusaufbau in der Landwirtschaft beschäftigten. Dazu gehöre beispielsweise, bei einem Landwirt über mehrere Jahre hinweg den Humusgehalt des Bodens zu messen, und nach drei Jahren könne er über den Humusaufbau dann am Zertifikatehandel teilnehmen. Dies sei eine weitere Möglichkeit für die Landwirte, Einkommen zu erzielen.

In der Stellungnahme zum Antrag werde auf eine verstärkte Förderung des Carbon Farming ab dem Jahr 2023 hingewiesen. Dies sollte auch vor dem Hintergrund der Pläne der EU-Kommission im Blick behalten werden.

Eine Abgeordnete der Grünen brachte vor, beim Humusaufbau in Böden handle es sich um einen langen Prozess. Hinzu komme das Problem, dass beim Humusaufbau neben Kohlenstoff auch Stickstoff gespeichert werde, der in Form von Nitrat ausgewaschen werden könne.

Ihres Erachtens zeige die Stellungnahme zum Antrag, dass die größten Potenziale für die Kohlenstoffspeicherung im Wald, im Grünland und in den Mooren zu finden seien. Daher sei für die Fraktion GRÜNE wichtig, die schon begonnenen Maßnahmen wie das Dauergrünlandumwandlungsverbot weiterzuführen. Auch wenn das Dauergrünlandumwandlungsverbot in der Vergangenheit oftmals eher negativ gesehen worden sei, sei inzwischen bekannt, dass es sich bei dem Erhalt des Grünlands um eine wichtige Maßnahme in Bezug auf die CO₂-Bindung und den Klimawandel handle.

Es werde eine Moorschutzstrategie bzw. eine Moornutzungsstrategie benötigt, um die Moorböden, die wesentlich effizienter CO₂ speicherten als beispielsweise Ackerböden durch Humusaufbau, zu schützen. Auch die Holznutzungs spiele bei der CO₂-Speicherung eine wichtige Rolle. Die Holzbau-Offensive des Landes sei daher eine richtige Maßnahme. Als weiteres Thema nenne sie die Landschaftspflegelinie.

Sie erachte es als wichtig, dass Forschung in diesem Bereich betrieben werde, um neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Carbon Farming und Digitalisierung könnten ihrer Meinung nach in Baden-Württemberg vor allem in den günstigen Lagen angewendet werden. Das Land sollte sich daher auf die Maßnahmen besinnen, die auch machbar seien.

Ein Abgeordneter der CDU legte dar, in der Stellungnahme zum Antrag würden die Anforderungen des Klimaschutzgesetzes an den ländlichen Raum bzw. die Landwirtschaft im Hinblick auf die CO₂-Bindung und die Vermeidung von Treibhausgasen dargelegt. Ferner werde aufgezeigt, was der ländliche Raum und die Landwirtschaft leisten könnten. Seines Erachtens würden die einzelnen Faktoren in der Stellungnahme klar dargestellt.

Wenn das Ziel in Bezug auf den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft in der Fläche erreicht werde, würden andere Probleme auftreten, da dieses Ziel nicht immer mit dem Ziel einer hohen Effektivität übereinstimme. Daher müssten diese beiden Ziele immer miteinander betrachtet werden.

Der Forst spiele eine wichtige Rolle bei der CO₂-Bindung. Des Weiteren sehe er die Gefahr der Zerstörung von Moorböden. Dagegen werde die Bedeutung der Bindung von Kohlenstoff durch Humusaufbau in der Stellungnahme zum Antrag eher gering dargestellt. Es existierten derzeit allerdings auch nur wenige vergleichbare Studien. Er begrüße es, dass die Fraktion der CDU und die Fraktion GRÜNE gemeinsam drei Projekte angestoßen hätten, um weitere Informationen zu diesem Thema zu erhalten. Es sollten jedoch nicht nur die CO₂-Bindung in Böden, sondern auch die Möglichkeiten der Wasser- und Nährstoffspeicherung untersucht werden. Diese Faktoren führten insgesamt zu einer Verbesserung bei der Bewirtschaftung.

Die Stellungnahme zum Antrag zeige, dass die Landwirtschaft nicht das Problem sei, sondern einer der Problemlöser, um den Klimawandel zu stoppen. In Baden-Württemberg gebe es sehr viele Landstriche, die fruchtbare Böden aufwiesen. Es müsse daher darauf geachtet werden, mit diesen Böden sorgsam umzugehen.

Ein Abgeordneter der SPD bemerkte, das Dauergrünlandumwandlungsverbot, der Erhalt der bestehenden Moore, aber auch die Reaktivierung ehemaliger Moore seien wichtige Klimaschutzmaßnahmen. Der Humusaufbau werde u. a. auch vom Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz als zentrales Element beispielsweise der Wasserspeicherung genannt. Er frage in diesem Zusammenhang, ob Maßnahmen geplant seien und, wenn ja, welche, um den Humusaufbau zu unterstützen.

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz äußerte, die Dekarbonisierung stelle ein wichtiges Thema in Bezug auf die Treibhausgasemissionen dar, der Humusaufbau sei wichtig hinsichtlich der Speicherung von Kohlenstoff.

Die Speicherung von Kohlenstoff durch den Humusaufbau bringe jedoch Herausforderungen. Die durch den Klimawandel auftretenden steigenden Durchschnittstemperaturen wirkten einem Humusaufbau entgegen, da sie zu erhöhten Abbauraten organischen Materials und damit zu einer Reduktion des Humusgehalts führen könnten. Es müsse daher überlegt werden, wie Humus nachhaltig aufgebaut und gehalten werden könne. Bei höheren Temperaturen und Trockenheit sei das Vorhandensein einer Humusschicht, welche die Wasserverfügbarkeit für die Pflanzen im Oberboden erhöhe, wichtig. Der Humusaufbau müsse daher auch vor dem Hintergrund des Klimawandels ein Ziel sein. Derzeit befinde sich das Land noch in der Erforschung und Erprobung von entsprechenden Methoden.

Eine Maßnahme sei beispielsweise die Aussaat von Klee gras, was zu einer deutlich besseren Stickstoffversorgung sowie zu einer messbaren Erhöhung des Humusgehalts führe. Die Ernte des Klee grasses und der Anbau einer anderen Kultur im Rahmen der Fruchtfolge reduziere die Humusschicht dagegen wieder. Die Herausforderung sei daher auch nicht der Aufbau des Humus, sondern dessen Erhaltung.

Aufgrund der Unsicherheiten bei der Messung und Überwachung der Humusgehalte zögere die EU, den Humusaufbau in der Landwirtschaft zu zertifizieren. Im Land seien daher unterschiedliche Versuchsreihen am Landwirtschaftlichen Technologiezentrum Augustenberg (LTZ) und am Landwirtschaftlichen Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild und Fischerei Baden-Württemberg (LAZBW) gestartet worden, wie Humus erfolgreich aufgebaut werden könne. Aufgrund der geringen jährlichen Steigerungen des Humusgehalts und der jährlichen Schwankungen könnten Ergebnisse jedoch in der Regel erst nach acht bis zwölf Jahren gemessen werden.

Daraufhin empfahl der Ausschuss dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/894 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstatter:

Burger

13. Zu dem Antrag der Abg. Klaus Hoher und Rudi Fischer u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
– Drucksache 17/984
– Zukunft der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter (CVUA) und des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamts (STUA) Aulendorf – Diagnostikzentrum

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Abg. Klaus Hoher und Rudi Fischer u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/984 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:
 Epple Hahn

Bericht

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet den Antrag Drucksache 17/984 in seiner 4. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 19. Januar 2022.

Ein Mitunterzeichner des Antrags merkte an, bei einem Besuch des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts (CVUA) Sigmaringen sei deutlich geworden, dass dort Stellen fehlten. Die Anforderungen würden ständig steigen, die Komplexität der Untersuchungen nehme zu. Seine Fraktion habe daher bei den jetzigen Haushaltsberatungen für den Staatshaushaltsplan 2022 des Landes insgesamt 21 A-14-Stellen und zehn A-10-Stellen gefordert, die bei den CVUAs fehlten. Der Antrag sei leider abgelehnt worden. Er bedaure dies und werde dieses Thema mit Sicherheit weiter verfolgen, da es aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion dringend notwendig sei, diese Stellen zu schaffen.

Ein Abgeordneter der Grünen äußerte, er stimme seinem Vorredner zu, dass in den CVUAs und dem Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamt (STUA) Aulendorf – Diagnostikzentrum eine Stellenknappheit bestehe. In der Stellungnahme zu Ziffer 1 des Antrags stehe, der gesundheitliche Verbraucherschutz sei und bleibe eine zentrale Aufgabe des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Er leiste einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Diese zentrale Aussage sei auch ihm sehr wichtig.

Er sei bei Gesprächen dabei, wie die Schwierigkeiten bei den CVUAs überbrückt werden könnten. Er habe in den Gesprächen aber auch gesagt bekommen, dass in diesem Bereich ein gravierender Fachkräftemangel herrsche. Selbst wenn heute die Schaffung der noch fehlenden rund 20 Stellen beschlossen würde, könnten diese wahrscheinlich gar nicht besetzt werden. Er plane, dieses Thema im Rahmen eines Runden Tisches mit dem Ministerium zu erörtern.

Neben den fehlenden Stellen existiere auch ein Investitionsrückstau bei der Laborausstattung und den Untersuchungsgeräten. Er sehe die Verantwortung des Landtags. Mit Blick auf den Doppelhaushalt 2023/2024 werde dieses Thema im Arbeitskreis daher noch einmal erörtert.

Ein Abgeordneter der CDU brachte vor, der Antrag sei vonseiten des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ausführlich beantwortet worden. Es müsse in Bezug auf die Ausstattung auch bedacht werden, dass die Kosten immer weiter stiegen und regelmäßig neue Investitionen nötig seien. Beispielsweise würden im Bereich der Analytik immer neuere Techniken eingesetzt, die oftmals neue Geräte erforderten.

Es sei in den vergangenen Jahren immer auch ein Kraftakt des Ministeriums gewesen, die Mittel für Personalstellen sowie Sachmittel im Rahmen der Haushaltsberatungen zu fordern. Wie in der Stellungnahme zum Antrag beschrieben, sei das Ministerium bestrebt, dies auch in den kommenden Jahren zu tun.

Die amtliche Untersuchung der Lebensmittel, des Trinkwassers sowie weiterer Produkte biete dem Verbraucher Sicherheit. Es werde gute Arbeit geleistet.

Ein Abgeordneter der SPD bemerkte, aus den Ausführungen seiner Vorredner höre er heraus, der Ausschuss sei sich einig, dass in den CVUAs und im STUA Aulendorf – Diagnostikzentrum zusätzliches Personal benötigt werde und die Technik modernisiert werden müsse. Er frage den Minister, was die Landesregierung unter dem in der Stellungnahme zum Antrag erwähnten Begriff „mittelfristig“ verstehe, ob sich dies auf den nächsten Doppelhaushalt oder auf spätere Haushalte beziehe.

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz führte aus, die Untersuchungsämter befänden sich in einem guten Zustand, die Zukunft sei gesichert. Es stimme, dass er punktuell weitere Verbesserungsmöglichkeiten sehe, sowohl in personeller Hinsicht als auch in Bezug auf die Sachmittel. Seine Vorredner hätten dies schon ausgeführt. Dennoch seien die CVUAs und das STUA gut ausgestattet.

Er erwähne in diesem Zusammenhang die sogenannte Glückliste, auf der die Dringlichkeit zusätzlichen Personalbedarfs begründet worden sei. Zu dem damaligen Zeitpunkt seien 40 fehlende Stellen im technischen und wissenschaftlichen Bereich identifiziert worden. Von diesen Stellen seien 30 Stellen in den letzten Jahren realisiert worden. Die noch fehlenden zehn Stellen würden mittelfristig auch noch geschaffen werden. Ob dies schon im nächsten Doppelhaushalt oder erst später der Fall sein werde, könne er noch nicht sagen.

Noch dringlicher müsse jedoch das Thema „Investive Maßnahmen“ angegangen werden, um den fortschreitenden Entwicklungen in der Analytik Rechnung tragen zu können. Seines Erachtens könnten diese Aufgaben bereits im Rahmen des nächsten Doppelhaushalts angegangen werden.

Sodann empfahl der Ausschuss dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/984 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstatter:
 Epple

14. Zu dem Antrag des Abg. Hans-Peter Storz u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

– Drucksache 17/1040

– Einstufung von Wildtieren als jagdbar gemäß Jagd- und Wildtiermanagementgesetz sowie Durchführungsverordnung

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Hans-Peter Storz u. a. SPD – Drucksache 17/1040 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:

Pix Hahn

Bericht

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet den Antrag Drucksache 17/1040 in seiner 4. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 19. Januar 2022.

Der Ersterunterzeichner des Antrags dankte für die Stellungnahme zum Antrag, bemerkte jedoch, dass er nach dem Lesen nicht schlauer sei als vorher. Er äußerte, in der Stellungnahme werde auf den § 2 des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes (JWMG) verwiesen, auch dieser habe ihm jedoch nicht weiterhelfen können, warum beispielsweise der Höckerschwan oder die Waldschnepfe abgeschossen werden dürften. Er frage, ob es sich bei den in der Tabelle zu Ziffer 5 des Antrags genannten Jagdstrecken um verletzte Tiere handle bzw. warum diese Tiere abgeschossen worden seien.

Ein Abgeordneter der Grünen legte dar, er habe kein Verständnis dafür, warum die SPD-Fraktion einen solchen Antrag stelle, der das moderne Jagd- und Wildtiermanagementgesetz quasi in seiner Grundfeste infrage stelle. Die SPD habe das Gesetz gemeinsam mit den Grünen auf den Weg gebracht. Dies sei eines der größten Reformvorhaben der damaligen grün-roten Koalition gewesen. Die Ausarbeitung habe rund drei Jahre gedauert, da u. a. Natur- und Tierschutz mit beteiligt worden seien. Das JWMG gelte inzwischen als Vorzeigesetz in ganz Deutschland. Er verstehe die Kritik daher nicht.

Das eine Kernelement des Gesetzes sei das Schalenmodell, über das die Zuordnung der Wildtierarten geregelt werde. Das zweite wichtige Element betreffe die Erstellung eines Wildtierberichts. Der Wildtierbericht 2021 werde voraussichtlich in diesem Frühjahr vorliegen. Er sei gespannt, ob es in der Zuordnung der Wildtierarten zu den Schalen Veränderungen geben werde, auch bezüglich der im Antrag und der dazugehörigen Stellungnahme genannten sechs Arten.

Nach § 2 JWMG sei aus seiner Sicht bei den genannten sechs Arten der vernünftige Grund gegeben. Sowohl der Höckerschwan als auch die Waldschnepfe gehörten beispielsweise zu den essbaren Tierarten. Vom Hermelin und vom Iltis könnten auch die Pelze genutzt werden. Durch die Elster und auch durch den Iltis herrsche des Weiteren ein Prädationsdruck. Dies seien vernünftige Gründe für die Jagd dieser Tierarten.

Keine dieser Arten sei in Baden-Württemberg in ihrem Bestand gefährdet. Das zeige auch die Jagdstreckenstatistik. Mit Ausnahme eventuell der Elster fielen die Jagdstrecken der anderen in der Tabelle zu Ziffer 5 des Antrags genannten Tierarten kaum ins Gewicht. Die jagdliche Attraktivität dieser Arten sei somit kaum gegeben. Die Bejagung stelle für die Bestandsituation dieser Arten keine Bedrohung dar.

Der hoffentlich demnächst veröffentlichte Wildtierbericht werde seines Erachtens auch noch einmal viele Antworten liefern.

Eine Abgeordnete der CDU merkte an, sie stimme den Ausführungen ihres Vorredners von den Grünen zu. Das Land habe mit dem JWMG eines der modernsten Jagdgesetze in Deutschland. Eine Besonderheit sei, dass auch geschützte Arten in das JWMG mit aufgenommen worden seien, die dort allerdings dem Schutzmanagement zugeordnet würden. Durch das System der Schalen könne umfassend überlegt werden, ob und wo Verschiebungen erfolgen könnten bzw. müssten.

Ihr sei wichtig, festzustellen, dass es für Arten wie die Waldschnepfe, die einen nur zum Teil günstigen Bestand hätten, die Jägerschaft auch brauche, damit sich der Bestand günstig entwickeln könne. Ein Jäger kümmere sich in seinem Revier auch um die Arten, die nicht so häufig vorkämen, um hier eine positive Entwicklung zu erreichen. Sie frage sich daher ebenfalls, welche Intention die SPD beim Stellen dieses Antrags gehabt habe, ob sie beispielsweise generell gegen die Jägerschaft sei.

Jäger leisteten einen wichtigen Beitrag in Bezug auf die Erzeugung regionaler Lebensmittel sowie für die Bestandsregulierung und für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Wald.

Ein Abgeordneter der AfD brachte vor, es komme ihm manchmal so vor, als ob die SPD generell etwas gegen die Jagd habe. Einzelne Tierarten würden gejagt, da es sich in Baden-Württemberg um eine Kultur- und nicht um eine Naturlandschaft handle. Jäger hätten den größten Überblick über ihr Revier. Das Hermelin fresse beispielsweise Vogeleier und Niederwild. Wenn der Jäger sein Revier schützen und erhalten wolle, müsse regulierend eingegriffen werden.

Der Ersterunterzeichner des Antrags entgegnete seinen Vorrednern, grundsätzlich könne er als Abgeordneter zu sämtlichen Themen Fragen stellen.

Er wisse nicht, aus welchen Fragen des Antrags seine Vorredner eine grundsätzliche Kritik am Jagd- und Wildtiermanagementgesetz ausmachen. Er habe das JWMG damals als jagdpolitischer Sprecher der SPD mit verteidigt und auch mit umgesetzt. Er verbiete sich daher diese Kritik, die in dem Antrag auch nicht zu finden sei. Es gehe vielmehr um die Frage, warum manche Tierarten in ihren Schalen belassen und in dieser Anzahl bejagt worden seien.

Zu dieser Frage habe er weder von seinen drei Vorrednern, die Jäger seien, eine sinnvolle Antwort gehört, noch habe er diese der Stellungnahme zum Antrag entnehmen können.

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz erklärte, Tiere dürften nur aus einem vernünftigen Grund getötet werden und könnten auch nur dann im Jagdrecht in die entsprechenden Schalen aufgenommen werden. Aus diesem Grund könnten das Blässhuhn, der Höckerschwan, die Elster, der Hermelin, die Waldschnepfe und der Iltis bejagt werden, jedoch in unterschiedlicher Intensität.

Seines Erachtens sei das JWMG in der Summe ein Gesetz, welches sehr ausgewogen sei, da es den Tierschutz mit eingebunden habe und auch das Naturschutzrecht beim Wildtiermanagement mit abgebildet sei. Grundlage dafür, welche Wildtierarten sich in welcher Schale befänden, stelle der Wildtierbericht dar. Dieser gebe u. a. Auskunft über das Vorkommen und den Gefährdungszustand der Arten und somit Hinweise auf das Management.

Aus den Empfehlungen des Wildtierberichts leite sich somit das Wildtiermanagement ab.

Der vernünftige Grund gelte immer und müsse immer abgeprüft werden, bevor ein Tier in das Management aufgenommen werde. Es werde daher nicht mehr bei jedem Einzelfall eine Begründung benötigt.

Sodann empfahl der Ausschuss dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/1040 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstatter:

Pix

15. Zu dem Antrag des Abg. Jan-Peter Röderer u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
– Drucksache 17/1251
– Umsetzung und Erfolg des Antibiotikaminimierungskonzepts der Bundesregierung im Land

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Jan-Peter Röderer u. a. SPD – Drucksache 17/1251 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter:

Epple

Der Vorsitzende:

Hahn

Bericht

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet den Antrag Drucksache 17/1251 in seiner 4. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 19. Januar 2022.

Der Erstunterzeichner des Antrags merkte an, es sei erfreulich, dass sich die Kennzahlen bezüglich des Antibiotikaeinsatzes bei den erfassten Nutztieren mit Ausnahme der Masthühner verringert hätten.

Als nicht akzeptabel erachte er, dass Ziffer 5 des Antrags vom Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz nicht beantwortet worden sei mit der Begründung, dass eine Abfrage aufgrund der kurzen Frist nicht möglich gewesen sei. Das Ministerium hätte jederzeit um eine Fristverlängerung bitten können, dem hätte seine Fraktion auch zugestimmt. Er bitte, die Zahlen nachzuliefern.

Eine Abgeordnete der Grünen brachte vor, sie begrüße es ebenfalls, dass der Einsatz von Antibiotika sowohl bundesweit als auch in vergleichbarem Maß in Baden-Württemberg zurückgegangen sei. Die Gesamtabgabemengen an Tierärzte und somit der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung hätten sich zwischen 2011 und 2020 mehr als halbiert. Wichtig sei in diesem Zusam-

menhang das Thema „Einsatz von Reserveantibiotika in der Tierhaltung“. Da diesen Antibiotika für die Therapie beim Menschen eine besondere Bedeutung zukomme, müsse man den Einsatz bei Tieren genau beobachten, damit sich keine Resistenzen entwickelten.

Bei den Masthühnern habe dagegen keine Verringerung des Antibiotikaeinsatzes beobachtet werden können. Hier müsse noch einmal genauer hingeschaut werden.

Wie in der Stellungnahme zum Antrag beschrieben, gebe es verschiedene Faktoren, die zur Gesunderhaltung der Tiere und damit zur Reduktion des Antibiotikaeinsatzes beitragen. Als wesentliche Aspekte nenne sie die Stallform und die Fütterung. Wenn Tiere gut gehalten würden, sinke die Infektionsanfälligkeit und in der Folge könne auf den Einsatz von Antibiotika verzichtet werden. Das Land sei diesbezüglich auch mit seiner Agrarförderung gut aufgestellt.

Einen weiteren wichtigen Aspekt stelle die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Landwirtinnen und Landwirte dar. Die Tierhalter müssten wissen, welche Mittel wie eingesetzt werden dürften.

Im Antrag und der dazugehörigen Stellungnahme seien auch der Einsatz von Antibiotika im Pflanzenbau sowie die Anwendung homöopathischer Mittel in der Nutztierhaltung angesprochen worden. Bezüglich des Einsatzes homöopathischer Mittel gebe es in manchen Biobetrieben Irritationen, da die homöopathischen Mittel, die in der Humanmedizin eingesetzt würden, in der Tierhaltung nicht zugelassen seien. Viele Betriebe hätten diese Mittel in früheren Jahren jedoch durchaus auch erfolgreich im tierischen Bereich eingesetzt. Dies betreffe insbesondere verschiedene Arten von Globuli. Hier bestehe daher noch Handlungsbedarf, vor allem vor dem Hintergrund, dass dadurch eventuell auch der Einsatz von Antibiotika verhindert werden könne.

Ein Abgeordneter der CDU äußerte, mit der Einführung des zentralen Tierarzneimittel-Abgabemengen-Registers könnten die Abgabemengen antibiotischer Wirkstoffe an Tierärzte ermittelt werden, und es sei somit nachweisbar, welche Mengen an Antibiotika in den letzten Jahren tatsächlich hätten eingespart werden können.

Auch der europäische Green Deal ziele u. a. darauf ab, den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung bis zum Jahr 2030 zu halbieren. Baden-Württemberg dürfe sich daher auf seinen bisherigen Erfolgen nicht ausruhen. Wichtig seien die Forschung und Entwicklung von alternativen Wirkstoffen sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Nutzer.

Einige Landwirte hätten ihm zurückgemeldet, seit sie in der Schweinehaltung Stroh verwendeten, würden sie oftmals mehr Arzneimittel benötigen, da über das Stroh auch Erreger in die Ställe gelangen könnten.

Es müsse bedacht werden, dass der Rückgang des Antibiotikaeinsatzes zum Teil auch durch einen Rückgang der Zahlen bei der Tierhaltung zustande gekommen sei. Dies sei insbesondere auch vor dem Hintergrund der Versorgung der Verbraucher mit regionalen Produkten noch einmal neu zu bewerten.

Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, dass Tiere gesundheitlich gut versorgt würden. Eine gute Tierhaltung führe in der Regel zu einem geringeren Arzneimitteleinsatz. Dennoch müsse die Möglichkeit bestehen, erkrankte Tiere mit den entsprechenden Mitteln zu behandeln.

Er würde es im Übrigen begrüßen, wenn in Zukunft auch in der Humanmedizin eine solche Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes wie in der Nutztierhaltung beobachtet werden könne.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP bemerkte, wie schon erwähnt worden sei, gehe ein Teil der Reduktion des Antibiotikaeinsatzes auf den Rückgang der Tierbestände zurück. Die Masthühnerbestände seien dagegen in den letzten Jahren eher gewachsen. Dies

könne ein Grund dafür sein, dass sich die Zahlen bei den Masthühnern kaum verändert hätten.

Er verstehe nicht, wie in dem Antrag Fragen zum Antibiotikaeinsatz im Pflanzenbau gestellt werden könnten, da dieser dort nicht stattfindet.

Er kenne es aus eigener Erfahrung noch, dass der Tierarzt den Legehennen früher sozusagen Zwiebelsaft bei Krankheiten verschrieben habe. Dies habe jedoch nicht geholfen. Die Wirkung homöopathischer Mittel basiere oftmals auch auf dem Placeboeffekt. Er finde es daher schwierig, homöopathische Mittel im Veterinärbereich einzusetzen.

Er habe Anfang dieses Jahres in einem Bericht gelesen, dass in Igeln schon vor rund 200 Jahren ein gegen Antibiotika resistenter MRSA-Typ aufgetreten sei, obwohl die ersten Antibiotika erst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt worden seien. Dies erachte er als eine interessante Entdeckung.

Er behandle seine Tiere nicht präventiv mit Antibiotika, sondern nur dann, wenn die Tiere erkrankt seien und nicht anders behandelt werden könnten. Der Einsatz von Antibiotika koste im Übrigen Geld, die Kosten würden nicht von der Tierseuchenkasse übernommen. Seines Erachtens würden Tierhalter schon allein aus diesem Grund Antibiotika nicht präventiv einsetzen.

Der Vorsitzende des Ausschusses wies darauf hin, dass der Einsatz von Antibiotika im Pflanzenbau erst seit 2014 nicht mehr möglich sei. Die Abfrage in diesem Antrag sei daher durchaus berechtigt.

Die schon zu Wort gekommene Abgeordnete der Grünen entgegnete zu den Ausführungen ihres Vorredners von der FDP/DVP, homöopathische Mittel zeigten durchaus Wirkung. Sie habe damit im eigenen Betrieb bei Milchkühen bereits gute Erfolge erzielt. Sie plädiere daher dafür, diese Mittel auch im Veterinärbereich zuzulassen.

Sie fuhr fort, in der Tiermast würden ihrer Kenntnis nach prophylaktisch Antibiotika eingesetzt. Bei Legehennen sehe die Sache anders aus, da der Einsatz von Antibiotika bei der Vermarktung der Eier problematisch sei. Aus diesem Grund würden Antibiotika dort nur in tatsächlich betroffenen Beständen eingesetzt.

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz legte dar, der Einsatz von Antibiotika sei generell seit Auflage des Reduktionsprogramms deutlich gesunken, im Durchschnitt um über 50 %. Nur in der Geflügelhaltung könne dieser Trend nicht beobachtet werden, dort sei der Antibiotikaeinsatz sehr leicht angestiegen. Das Ministerium werde diesem Punkt noch einmal nachgehen.

Er weise darauf hin, dass Antibiotika nicht mehr prophylaktisch eingesetzt werden dürften. Im Übrigen führe eine artgerechte Tierhaltung immer auch zu einer Reduzierung der Krankheitsanfälligkeit.

Die Zahlen zu den Kontrolltätigkeiten für das Jahr 2020, die in Ziffer 5 des Antrags abgefragt worden seien, würden zwischenzeitlich vorliegen. Er biete an, dem Erstunterzeichner des Antrags eine Kopie dieser Zahlen zur Verfügung zu stellen. Die Mitteilungen zur Antibiotikadatenbank sowie der eingesandten Maßnahmenpläne seien in 4 232 Fällen überprüft worden. In 161 Fällen hätten Vor-Ort-Kontrollen in Zusammenhang mit der Antibiotikadatenbank stattgefunden. Bei den insgesamt 4 232 Kontrollmaßnahmen seien 710 Verstöße gemeldet worden. Dieser Wert erscheine zunächst hoch, die Mehrzahl der Verstöße sei jedoch auf Dokumentationsmängel und Ungenauigkeiten bei der Dokumentation zurückzuführen. Es handle sich dagegen nur in den seltensten Fällen um Verstöße bezüglich des Antibiotikaeinsatzes.

Der schon zu Wort gekommene Abgeordnete der FDP/DVP berichtete, in einem aktuellen Fall hätten jetzt bei einem Tierhalter

in Baden-Württemberg 20 000 Puten getötet werden müssen, der Schaden habe sich auf 300 000 € belaufen. Die Puten seien an der Schwarzkopfkrankheit erkrankt, und das Antibiotikum, welches früher eingesetzt worden sei, sei vor über zehn Jahren EU-weit verboten worden. Da es sich bei der Schwarzkopfkrankheit um keine Tierseuche handle, bezahle die Tierseuchenkasse den Ausfall nicht. Er wolle mit dieser Darstellung niemandem einen Vorwurf machen, sondern nur aufzeigen, was in einem solchen Fall passieren könne.

Wenn Tiere krank seien und Antibiotika benötigten, müssten sie auch behandelt werden.

Der Ausschuss empfahl dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/1251 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstatter:

Epple

16. Zu dem Antrag der Abg. Klaus Hoher und Frank Bonath u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

– Drucksache 17/1262

– Angebotsverfahren zur Errichtung von Windenergieanlagen auf Flächen von ForstBW (ForstBW-Angebotsverfahren: 01/2021)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Abg. Klaus Hoher und Frank Bonath u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/1262 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter:

Pix

Der Vorsitzende:

Hahn

Bericht

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet den Antrag Drucksache 17/1262 in seiner 4. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 19. Januar 2022.

Ein Mitunterzeichner des Antrags merkte an, seine Fraktion sehe den Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg und speziell im Staatsforst als kritisch an. Das Angebotsverfahren sei schwierig zu bewerten. Es habe sich herausgestellt, dass der Muster-Gestattungsvertrag nicht durch den Link von ForstBW abrufbar sei.

Der Vorsitzende des Ausschusses stellte fest, aufgrund einer technischen Störung sei der Mitunterzeichner des Antrags, der per Videokonferenz zugeschaltet sei, nicht mehr zu hören. Da er davon ausgehe, dass die Ausschussmitglieder den Antrag und die dazugehörige Stellungnahme gelesen hätten und der Mitunterzeichner des Antrags zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal

Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Stellung nehmen könne, würden jetzt die Redner der anderen Fraktionen zu Wort kommen.

Ein Abgeordneter der Grünen legte dar, die Windkraft sei ein Kernelement zum Erreichen der Energiewende. Im Koalitionsvertrag hätten sich die Koalitionspartner darauf geeinigt, die Windkraft im Land deutlich auszubauen und dieses Vorhaben vonseiten der Politik voranzutreiben.

Aus der Stellungnahme zum Antrag könne herausgelesen werden, dass das Angebotsverfahren korrekt abgelaufen sei und es keinen Grund zur Beanstandung gebe. Er verstehe daher die Kritik der Fraktion der FDP/DVP an dieser Stelle nicht. Statt sich mit Kleinigkeiten aufzuhalten, auf welcher Internetseite der Link zu finden sei, sollte die Energiewende gemeinsam sowie im Einklang mit Natur- und Artenschutz vorangetrieben werden.

Eine Abgeordnete der CDU äußerte, die Stellungnahme zum Antrag habe gezeigt, dass ForstBW die Vereinbarungen des Regierungsprogramms mit der Vergabeoffensive besonders vorbildlich und schnell umgesetzt habe. Dort, wo die Nachhaltigkeit im frühen 18. Jahrhundert ursprünglich auch von Förstern erfunden worden sei, werde heute nachhaltige Energie für die nächsten Generationen produziert.

Die erste Ausschreibung sei Mitte Oktober 2021 erfolgt. Für die insgesamt fünf ausgewählten Gebiete seien etwa 130 Angebote eingegangen. Dies zeige, dass jeder Verdacht der FDP/DVP-Fraktion, dass zu wenige Unternehmen von dem Angebotsverfahren erfahren hätten, unbegründet gewesen sei.

Der Ausbau der Windenergie müsse noch schneller erfolgen. Baden-Württemberg befinde sich in Bezug auf die installierte Leistung deutschlandweit auf dem drittletzten Platz. Die CDU habe sich vorgenommen, gemeinsam mit den Grünen die Genehmigungsverfahren insgesamt zu beschleunigen. Sie gehe davon aus, dass auch außerhalb der Flächen im Forst künftig ein Schub beim Ausbau der Windenergie zu erwarten sei. Beispielsweise würden mit der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2021 Kommunen am Ausbau der Windenergie finanziell beteiligt. Des Weiteren werde auch die Südquote beim Ausbau der Windenergie eine Rolle spielen.

Ein Abgeordneter der AfD brachte vor, er höre einerseits, auch von den Grünen, die Aussage, der Wald solle erhalten bleiben, andererseits solle mit dem Bau von Windkraftanlagen einer der größten Eingriffe der letzten Jahrtausende in den heimischen Wäldern durchgeführt werden. Diesen Widerspruch verstehe er nicht. Er bedaure, dass dieser Eingriff widerstandslos vorstattengehen solle. Ihm falle dies immer wieder auf, wenn er von Stuttgart nach Hause fahre und auf der Strecke die ganzen „WKAs“, die Windkraftanlagen, im Land sehe. Für ihn handle es sich dabei um eine Zerstörung der heimischen Wälder.

Er habe beispielsweise längere Zeit in einem Revier gejagt, in dem er als Jäger unter einer Windkraftanlage gesessen und den Lärm gehört sowie die Vögel gesehen habe, die in die Rotoren geraten seien.

Beim Bau von Windkraftanlagen gehe es nur darum, das Klima zu retten. Welche Auswirkungen die Anlagen hätten, spiele dagegen keine Rolle. Die AfD sei grundsätzlich gegen den Bau der geplanten 1 000 Windkraftanlagen.

Er danke der FDP/DVP-Fraktion, dass sie mit diesem Antrag das Angebotsverfahren genauer abgefragt habe. Da sich, wie von der Vorrednerin von der CDU ausgeführt, rund 130 Unternehmen beteiligt hätten, werde das Verfahren anständig verlaufen sein. Dennoch sei seine Fraktion strikt gegen den Ausbau.

Der Vorsitzende des Ausschusses bemerkte, es seien landesweit maximal rund 500 ha Wald betroffen. Es sei ihm als Vorsitzenden daher wichtig, die Ausmaße des Eingriffs zu relativieren und nicht von einem der größten Eingriffe der letzten Jahrtausende in den heimischen Wäldern zu sprechen.

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz trug vor, er sei dem Vorsitzenden des Ausschusses dankbar, dass dieser die Größenverhältnisse zurechtgerückt habe. Die Rodungsphasen zu Zeiten Karls des Großen und auch im hohen Mittelalter seien historisch gesehen die größten Eingriffe in die Wälder in den letzten 2 000 Jahren gewesen. Einen weiteren großen Eingriff habe es in Deutschland im 19. Jahrhundert im Zuge des starken Bevölkerungswachstums gegeben.

Die Flächen, die heutzutage für den Ausbau der Windkraft benötigt würden, stünden nicht im Verhältnis zu den damaligen Flächenrodungen. Insgesamt betrage die Waldfläche Baden-Württembergs rund 1,37 Millionen ha, davon seien ca. 330 000 ha Staatswaldfläche. Pro Windenergieanlage könne mit einem Flächenverbrauch von etwa einem halben Hektar gerechnet werden. Bei einem geplanten Bau von 1 000 Windenergieanlagen würden daher ca. 500 ha Fläche benötigt. Dies sei im Vergleich eine nahezu zu vernachlässigende Größenordnung.

Auch die durch den Klimawandel bedingte Trockenheit in den Jahren 2018 bis 2020 habe den Wäldern großen Schaden zugefügt. Die Schadfläche habe sich allein in Baden-Württemberg auf nahezu 10 000 ha belaufen.

Jede Kilowattstunde regenerativ erzeugter Strom sei eine Entlastung, die im Zuge des Klimawandels dringend gebraucht werde.

In der Stellungnahme zum Antrag sei hinreichend dargelegt worden, dass das Angebotsverfahren zur Errichtung von Windenergieanlagen korrekt sei. Es werde künftig Veränderungen im Ausschreibungsverfahren geben, um eine Beschleunigung des Verfahrens zu erreichen, beispielsweise wenn es um die Ergänzung bereits bestehender Windparks gehe. Laut Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg sei dies auch zulässig.

Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz befinde sich in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen. Die öffentlichen Ausschreibungsbedingungen würden in allen Fällen eingehalten. Beim letzten Ausschreibungsverfahren hätten einige gemutmaßt, dass einige Unternehmen bevorzugt worden seien und vorab Informationen erhalten hätten. Dies sei nicht der Fall gewesen. Die vielfältigen Angebote, die in dem ersten Angebotsverfahren Ende 2021 eingegangen seien, würden bis Februar 2022 ausgewertet, und anschließend würden die Zuschläge verteilt.

Der schon zu Wort gekommene Abgeordnete der AfD merkte an, hinsichtlich der Fläche, auf der die Windkraftanlage stehe, stimme die Aussage des Ministers zum Flächenverbrauch sicherlich. Es kämen jedoch auch Faktoren wie der Lärm und die Weite der Entfernung, in der die Anlage noch zu sehen sei, hinzu. Ferner müssten Wege umgebaut werden, um die Windkraftanlagen zu erreichen.

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz antwortete, von jemandem, der vorgebe, so national und patriotisch zu sein, hätte er erwartet, dass er möglichst viel Wertschöpfung im Land halten wolle. Er selbst habe die Wertschöpfung lieber im eigenen Land und lasse die Energie hier produzieren, als sie teuer aus anderen Ländern einzukaufen.

Der schon zu Wort gekommene Abgeordnete der AfD entgegnete, auch der Strom, der aus Windkraftanlagen im eigenen Land gewonnen werde, werde subventioniert und mit Steuergeldern mitfinanziert.

Der Vorsitzende des Ausschusses erwiderte, dies stimme so nicht mehr und könne diskutiert werden.

Daraufhin empfahl der Ausschuss dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/1262 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstatter:

Pix

17. Zu dem Antrag der Abg. Sarah Schweizer u. a. CDU und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
– Drucksache 17/1263
– Drohnengebundene Rehkitzrettung in Baden-Württemberg

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Abg. Sarah Schweizer u. a. CDU – Drucksache 17/1263 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:
 Stein Hahn

Bericht

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet den Antrag Drucksache 17/1263 in seiner 4. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 19. Januar 2022.

Die Erstunterzeichnerin des Antrags führte aus, der Einsatz von Drohnen mit Wärmebildkameras stelle eine besonders effektive Art der Rehkitzrettung dar. Ihrer Fraktion sei wichtig, dass den vielen Rehkitzrettungsorganisationen Rechtssicherheit in Bezug auf die Rehkitzrettung gegeben werde. Rechtliche Unklarheiten beispielsweise in Bezug auf das Befahren von Wirtschaftswegen und mit Blick auf den Straftatbestand der Jagdwilderei könnten einem flächendeckenden Einsatz zur Rehkitzrettung entgegenstehen.

Wie aus der Stellungnahme zum Antrag ersichtlich, sei das Befahren von land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen zum Zweck der Rehkitzrettung ohne gesonderte Genehmigung möglich. Auch der Straftatbestand der Jagdwilderei sei nicht gegeben, wenn Dritte mit Einwilligung des Jagdausübungsberechtigten oder des Landwirts handelten. Es müsse bedacht werden, dass sich die Rettungsteams nicht nur aus Jägern und Landwirten zusammensetzten, sondern beispielsweise auch aus Naturschützern und weiteren interessierten Dritten.

Sie erachte es ebenfalls als wichtig, dass Bescheinigungen, die Kitzrettungsorganisationen nach erfolgter Absuche der Flächen an den jeweiligen Landwirt austeilen, bei einem gerichtlichen Prozess als entlastendes Beweismittel Berücksichtigung finden könnten.

Hinsichtlich des Überfliegens von Naturschutzgebieten mit Drohnen bestünden dagegen noch Unklarheiten. Je nach Schutzcharakter der Gebiete sei es teilweise schwierig, eine Überfluggenehmigung zu erhalten.

Von den Fördermitteln des Bundes zur Anschaffung von Drohnen sei eine nicht geringe Summe nach Baden-Württemberg geflossen. Die Gesamtfördersumme habe für das Jahr 2021 für Baden-Württemberg rund 343 000 € für 59 Auszahlungsanträge betragen. Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sehe eher Unterstützungsbedarf im Bereich des Drohnenführerscheins sowie allgemein beim Vermitteln von Kenntnissen. Ihres Erachtens sollte sich zunächst dafür eingesetzt werden, das Programm auf Bundesebene fortzuführen.

Insgesamt begrüße ihre Fraktion, dass der Einsatz von Drohnen für die Rehkitzrettung als positiv erachtet werde.

Ein Abgeordneter der Grünen bemerkte, auch seine Fraktion begrüße die Rehkitzrettung mittels des Einsatzes von Drohnen. In den meisten Fällen würden Ehrenamtliche aus der Jägerschaft diese Aufgabe übernehmen. Dies beweise einmal mehr, dass die Jagd auch gelebter Tier- und Naturschutz sein könne. Er erachte es als positiv, dass die Jägerschaft von der kommunalen und regionalen Ebene finanzielle Unterstützung erhalte.

Es werde eine Lösung benötigt in Bezug auf das Überfliegen von Naturschutzgebieten mittels Drohnen. Es sei selbstverständlich wichtig, bedrohte Bodenbrüterarten zu schützen. Er erachte die Vorgehensweise daher als sinnvoll, eine Einzelfallprüfung zum Einsatz von Drohnen auch zu den Zeiten, in denen die Bodenbrüter ihre Jungen aufzögen, durchzuführen und Lösungen anzubieten.

Ein Abgeordneter der SPD äußerte, seine Fraktion halte die drohnengebundene Rehkitzrettung ebenfalls für eine wichtige Maßnahme. In der Umsetzung zeige sich jedoch, dass der Effektivität des Drohneinsatzes Grenzen gesetzt seien. Wie in der Stellungnahme zum Antrag erwähnt, müssten Drohnen mit Wärmebildtechnik beispielsweise am frühen Morgen eingesetzt werden, um den Wärmeunterschied zwischen der Wiese und dem Rehkitz erkennen zu können.

Der Fokus sollte auch auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gelegt werden, die sich mit der Entwicklung von Detektionsmöglichkeiten auf den Maschinen beschäftige. Mähgeräte mit eingebauten Sensoren, die selbstständig beispielsweise Rehkitze erkennen könnten und sich dann abschalteten, seien seines Erachtens die Zukunft. Die Technik existiere bereits, es müsse nur noch eine entsprechende Umsetzung erfolgen. Auf diese Weise könnten das aufwendige Ablaufen der Felder und der Überflug mit Drohnen entfallen.

Ein Abgeordneter der AfD legte dar, er danke der Erstunterzeichnerin des Antrags, dass sie dieses Herzenthema von ihm aufgegriffen habe. Er sei enttäuscht, dass es von Landesseite keine Unterstützung für die Finanzierung weiterer Drohnen gebe. Er wisse aus Erfahrung, dass zu Zeiten der Mahd sämtliche Flächen mehr oder weniger gleichzeitig befahren würden. Es sei mit wenigen Drohnen kaum oder gar nicht zu schaffen, sämtliche Wiesen rechtzeitig zu überfliegen. Er wünsche sich daher eine Förderung für die Anschaffung von weiteren Drohnen beispielsweise für Hegegemeinschaften oder Vereine.

Beim Einsatz von Mähmaschinen, die automatisch anhielten, wenn die Sensoren etwas entdeckten, komme es auch darauf an, wie schnell die Mähmaschine mähe und fahre. Dennoch begrüße er eine Förderung zur Entwicklung und Erprobung solcher technischer Neuerungen.

Über dieses Thema werde im Ausschuss sicherlich noch öfter diskutiert werden.

Der Ausschuss empfahl dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/1263 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstatter:
 Stein

18. Zu dem Antrag des Abg. Klaus Burger u. a. CDU und der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
 – Drucksache 17/1324
 – Deutsch-französisches Projekt „Grenzenlos nachhaltig“

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Klaus Burger u. a. CDU – Drucksache 17/1324 – für erledigt zu erklären.

19.1.2022

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:
 Weber Hahn

Bericht

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet den Antrag Drucksache 17/1324 in seiner 4. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 19. Januar 2022.

Der Erstunterzeichner des Antrags führte aus, das Projekt „Gemeinsam gegen Lebensmittelverschwendung – grenzenlos nachhaltig“ zeige, dass im Rahmen der deutsch-französischen Freundschaft Projekte aufgegriffen würden, die über die Landesgrenze hinausgingen und sich einem großen Ziel widmeten.

An dem Projekt nahmen aktuell die sechs Kommunen Karlsruhe, Ludwigsburg, Nagold, Talheim, Mannheim und Heidelberg mit ihren französischen Partnerkommunen teil. Er spreche den deutschen und französischen Kommunen seinen Dank aus, dass sie sich dieser Aufgabe gewidmet hätten. Dies habe Vorbildfunktion.

Das deutsch-französische Institut Ludwigsburg begleite die Teilnehmer dieses Projekts. Zunächst habe eine Ist-Analyse in den Kommunen stattgefunden. Das Ziel sei eine Sensibilisierung der Bevölkerung, um die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren und damit auch Treibhausgasemissionen einzusparen.

Die deutschen Kommunen könnten im Rahmen dieses Projekts auch von ihren französischen Partnerkommunen lernen. Beispielsweise nahmen sich die Franzosen beim Essen insgesamt mehr Zeit und hätten eine andere Wertschätzung zu den Lebensmitteln. Dies zeige sich zum Teil auch in den Preisen der Lebensmittel. Inwiefern in Frankreich dadurch auch weniger Lebensmittel weggeworfen würden, müsse das Projekt zeigen.

Eine Abgeordnete der Grünen bemerkte, die deutsch-französische Freundschaft lebe von gemeinsamen, grenzüberschreitenden Begegnungen, Gesprächen und Projekten. Ein solches Projekt stelle das Projekt „Gemeinsam gegen Lebensmittelverschwendung – grenzenlos nachhaltig“ dar. Es handle sich in beiden Ländern um ein wichtiges Thema. Ihre Fraktion begrüße dieses Projekt daher.

Der Fraktion GRÜNE sei es wichtig, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie der Dialog zwischen den Menschen und zwischen den Kommunen durch gemeinsame Projekte gestärkt werde. Dies sei auch aufgrund der derzeit herrschenden Coronapandemie wichtig. Nur durch solche Projekte könne sich Europa von unten entwickeln und sei für die Menschen erlebbar.

Ein Abgeordneter der SPD brachte vor, als Rheinanlieger sei er besonders mit den Franzosen verbunden, die dortigen Kommunen hätten gute Beziehungen ins Elsass. Ihm sei in der Stellungnahme zum Antrag aufgefallen, dass die sechs Kommunen, die sich an diesem Projekt beteiligten, geografisch jedoch nicht aus dieser Region stammten. Er frage, ob angedacht sei, Kommunen einzubeziehen, die direkt an der deutsch-französischen Grenze lägen, oder ob es daran liege, dass die sechs beteiligten Kommunen ihr Interesse signalisiert hätten und das Projekt nicht weiter ausbaufähig sei.

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz antwortete, es seien die Kommunen einbezogen worden, die Interesse angemeldet hätten.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ergänzte, das Ministerium sei offen bezüglich der Teilnahme weiterer Kommunen an diesem Projekt. Wenn der persönliche Austausch wieder möglich sei, wolle das Ministerium das Projekt verstärkt bewerben, damit sich weitere Kommunen beteiligten.

Es sei nicht geplant, die Rheinschiene besonders in den Blick zu nehmen. Das Projekt habe sich bisher generell an deutsch-französische Partnerschaftskommunen gerichtet. Das Ministerium könne aber gern prüfen, ob sich Anknüpfungspunkte ergeben könnten, um dieses Projekt speziell in dieser Region noch einmal verstärkt zu bewerben.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss dem Plenum, den Antrag Drucksache 17/1324 für erledigt zu erklären.

2.2.2022

Berichterstatter:
 Weber

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Landesentwicklung und Wohnen

19. Zu dem Antrag des Abg. Friedrich Haag u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen – Drucksache 17/775 – Entwicklungen beim Denkmalschutz bei Gebäuden außerhalb des Landesbesitzes

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Friedrich Haag u. a. FDP/DVP – Drucksache 17/775 – für erledigt zu erklären.

26.1.2022

Die Berichterstatterin: Die Vorsitzende:
Saebel Staab

Bericht

Der Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen beriet den Antrag Drucksache 17/775 in seiner 4. Sitzung am 26. Januar 2022.

Der Erstunterzeichner des Antrags legte dar, die Landesregierung treffe in ihrer Stellungnahme die Aussage, dass spezifische denkmalschutzrechtliche Regelungen einer Schaffung/Nutzung von geschützten Gebäuden als Wohn- oder Gewerbegebäude nicht entgegenstünden. Dem stelle er die Aussage der Ministerin in einem Interview mit den „Badischen Neuen Nachrichten“ gegenüber, wonach sie prüfen wolle, welche Spielräume gesetzlicherseits gegeben seien, um diesbezüglich eine bessere Vereinbarkeit zu erreichen. Der Abgeordnete wollte wissen, welche Aussage nun gelte.

Eine Abgeordnete der Grünen erklärte, in der Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen komme zum Ausdruck, wie umfangreich die Aufgaben des Denkmalschutzes bei Gebäuden seien und welche große Herausforderung sich daraus für das Landesamt für Denkmalpflege mit seinem doch eher überschaubaren Personalkörper bei der Erfassung und Betreuung der vielen Denkmäler im Land ergebe. In diesem Zusammenhang hob sie hervor, dass in denkmalschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren klimaschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen und auch klima- und denkmalschutzrechtliche Belange im Rahmen der Gesetze und der Verfassung in Ausgleich zu bringen seien. Ein Stichwort sei hier z. B. die energetische Ertüchtigung von denkmalgeschützten Wohn- oder Gewerbegebäuden. Ebenso wichtig sei es ihr dabei, zu betonen, dass es nur einen Denkmalschutz gebe, der nicht zwischen Landesliegenschaften und anderen Liegenschaften unterscheide.

Ein Abgeordneter der CDU machte darauf aufmerksam, dass die Broschüre der Landesdenkmalpflege mit dem Titel „Denkmalpflege und Erneuerbare Energien“ zahlreiche Beispiele aufzeige, wie bei denkmalgeschützten Gebäuden sowohl denkmalfachliche Aspekte als auch Ansprüche bautechnischer Nachhaltigkeit erfüllt werden könnten.

Die Regierungsfractionen hätten in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, das Denkmalschutzgesetz auch in Bezug auf das Thema „Energetische Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden“ zu modernisieren und gemeinsam mit der Regierung in der Verbesserung der Organisationsstruktur des Denkmalschutzes voranzu-

kommen. Denn die Sicherstellung einer optimalen Nutzung eines Denkmals biete den besten Denkmalschutz.

Ein Abgeordneter der SPD schilderte, dass ihm von Eigentümern von denkmalgeschützten Gebäuden schon öfter berichtet worden sei, dass es Behörden an Fingerspitzengefühl fehle, wenn es z. B. darum gehe, ein denkmalgeschütztes Gebäude im inneren Bereich so herzurichten, dass es sich auch für eine Vermietung anbiete. Wenn dies nämlich nicht ermöglicht werde, ver falle in der Regel auch die Fassade dieses Gebäudes, was wiederum Auswirkungen auf das Thema „Belebung der Innenstädte“ habe. Auch unter diesem Gesichtspunkt wünsche sich seine Fraktion mehr Entgegenkommen der Behörden den Eigentümern gegenüber.

Die Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen erklärte, sie habe sich vorgenommen, sich das Thema Denkmalschutz/Denkmalpflege ganz genau daraufhin anzuschauen, welche Leitplanken es dazu im Denkmalschutzgesetz überhaupt gebe und inwieweit sich diesbezüglich Spielräume eröffneten. Sie und ihr Ministerium verfolgten das Ziel, die Denkmalpflege zu einer modernen Denkmalpflege zu machen und den Eigentümern von z. B. denkmalgeschützten Gebäuden, großen Industriebrachen, einer alten Mühle oder eines Gasthofs aufzuzeigen, was alles möglich sei, damit in diesen Objekten wieder Leben einkehren könne. Dazu solle auch gehören, den Eigentümern drei Varianten einer denkmalschutzgerechten Sanierung aufzuzeigen, nämlich die einer günstigen, einer mittelpreisigen und einer hochpreisigen Sanierung.

Vor dem Hintergrund dieser Bemühungen des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen sehe sie auch keinen Widerspruch zwischen der Stellungnahme ihres Hauses, dass denkmalschutzrechtliche Regelungen einer Nutzung von geschützten Gebäuden als Wohn- oder Gewerbegebäude nicht entgegenstünden, und ihrer in den „Badischen Neuen Nachrichten“ wiedergegebenen Aussage, dass sie prüfen werde, welche Spielräume die Denkmalschutzgesetzgebung dabei lasse. Dies betreffe dann auch die Errichtung und Installation von Solaranlagen auf und an denkmalgeschützten Gebäuden. Dies sei nämlich nach der aktuellen Rechtslage denkmalschutzrechtlich grundsätzlich möglich und zeige die bereits zitierte Broschüre „Denkmalpflege und Erneuerbare Energien“ aus dem Jahr 2020 sehr gut auf. Jetzt gehe es aber auch hier darum, zu prüfen, was insoweit noch besser gemacht werden könne. Denkmalpflege und Nutzung eines denkmalgeschützten Gebäudes, wozu auch Fotovoltaikanlagen auf dem Dach gehörten, müssten miteinander möglich sein.

Der Erstunterzeichner des Antrags kam auf seine eingangs gestellte Frage zurück und wollte wissen, was genau hier noch geprüft werden solle.

Die Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen teilte mit, jedes Baudenkmal sei individuell, und es müsse jeweils auf den Einzelfall bezogen geprüft werden, was bei der Sanierung möglich sei und was nicht. Sie erwarte dabei, dass die Denkmalschutzbehörden aufzeigten, mit welchen Maßnahmen die Nutzung eines denkmalgeschützten Wohngebäudes oder eines Gewerbegebäudes möglich sei, dieses Thema also insoweit positiv anzugehen. Dort, wo diese positive Einstellung gegebenenfalls auch in der Beratung fehle, müsse es zu Verbesserungen kommen. Dies erwarte sie von den jeweils zuständigen Denkmalschutzbehörden. Dabei sei allerdings auch klar, dass die denkmalschutzrechtlichen Belange im Rahmen der Gesetze und der Verfassung Priorität hätten.

Die schon zu Wort gekommene Abgeordnete der Grünen führte sodann ergänzend den Gesichtspunkt der Personalknappheit bei den Denkmalschutzbehörden in die Diskussion ein. Darin liege sicherlich auch begründet, warum es bei Maßnahmen zu Verzögerungen kommen könne. Eine personelle Verstärkung bei den

Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen

Denkmalschutzbehörden könne sicherlich einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Entscheidungen zu beschleunigen und die Beratung zu verbessern.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP rekurrierte auf die Eingangsbemerkung der Abgeordneten der Grünen, dass es nur einen Denkmalschutz gebe, und wollte mit Blick auf die bestehende Aufteilung der Zuständigkeiten für Denkmalschutz bei Landesliegenschaften und Denkmalschutz bei anderen Liegenschaften wissen, wann mit dem Ergebnis der in der Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen zum Ausdruck gebrachten „Prüfung der zukünftigen Ausgestaltung“ zu rechnen sei.

Die Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen trug vor, das Denkmalschutzgesetz setze beim Denkmal an und nicht beim Eigentümer. Dies bedeute, dass Denkmalschutz auch für jedes Denkmal gelte, unabhängig vom Eigentümer. Ihr Ministerium sei mit dem Finanzministerium, was die Landesliegenschaften angehe, in guten Gesprächen. Aber klar sei auch, dass das Finanzministerium deutlich zum Ausdruck gebracht habe, dass es nicht oberste Denkmalschutzbehörde werden wolle. Das MLW sei oberste Denkmalschutzbehörde und bleibe es auch. Sie (Rednerin) habe größtes Interesse daran, die Gespräche mit dem Finanzministerium so schnell wie möglich zum Abschluss zu bringen.

Daraufhin empfahl der Ausschuss dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/775 für erledigt zu erklären.

3.2.2022

Berichterstattung:

Saebel

20. Zu dem Antrag des Abg. Klaus Ranger u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen – Drucksache 17/1022 – Struktur und Ausstattung des Denkmalschutzes in Baden-Württemberg

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag des Abg. Klaus Ranger u. a. SPD – Drucksache 17/1022 – für erledigt zu erklären.

26.1.2022

Der Berichterstatter:	Die Vorsitzende:
Wald	Staab

Bericht

Der Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen beriet den Antrag Drucksache 17/1022 in seiner 4. Sitzung am 26. Januar 2022.

Der Erstunterzeichner des Antrags erklärte, ihm sei im Rahmen einer Bereisung in seinem Wahlkreis im Sommer des vergangenen Jahres von Bürgerinnen und Bürgern genauso wie von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern immer wieder berichtet

worden, dass die Bearbeitungsdauer bei Anträgen auf Denkmalförderung zu lang sei und dass es auch an Beratung hapere. Er wünschte sich deshalb eine Beschleunigung bei den Bearbeitungsverfahren und eine Verstärkung der fachlichen Beratungstätigkeit der Denkmalschutzbehörden insgesamt.

Eine Abgeordnete der Grünen schloss sich diesem Wunsch an und zitierte insoweit auch die Denkschrift 2021 des Rechnungshofs, wonach angeregt worden sei, im Verfahren einige Änderungen und Vereinfachungen vorzunehmen. Sie unterstrich, dass das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen daran bereits arbeite, das Genehmigungsverfahren zu optimieren und effizienter zu gestalten. Nichtsdestotrotz dürfe hierbei nicht außer Acht gelassen werden, dass die Bearbeitungsdauer von Anträgen auf Denkmalförderung jeweils vom Einzelfall abhängig sei.

Sie fuhr fort, bereits zum Haushalt sei angeregt worden, in den kommenden Jahren eine öffentliche Denkmalliste für Baden-Württemberg aufzustellen und dadurch eine höhere Transparenz zu schaffen. Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen sei zurzeit dabei, dafür die Grundlagen zu schaffen. Dazu gehöre auch, dass in der Landesdenkmalpflege die dreidimensionale Dokumentation und Vermittlung von Befunden und Funden Anwendung finde. Dazu gehöre z. B. das Projekt „Virtuelle Archäologie: 3D-Computermodelle archäologischer Denkmale“. Mit der Virtual-Reality-Technologie auch Liegenschaften zu erfassen, ermögliche es, Dinge wieder aufstehen zu lassen, die es in dieser Form nicht mehr gebe. Ähnliches geschehe ja auch bereits bei Schlössern und Gärten.

Ein Abgeordneter der CDU bekundete, die Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen zur Struktur und Ausstattung des Denkmalschutzes in Baden-Württemberg lasse den Schluss zu, dass die seinerzeit unter Federführung des sozialdemokratisch geführten Wirtschafts- und Finanzministeriums vorgenommene Umstrukturierung im Bereich Denkmalschutz nicht so optimal gewesen sei, wie man es sich hätte vorstellen können. Deshalb hätten die Regierungsfractionen auch in ihren Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass sie hier eine Strukturdiskussion wünschten. Auch in seinem Wahlkreis dauerten Genehmigungsverfahren zu lange, weil damals einiges zentralisiert worden sei und so die Schlagkraft vor Ort eben nicht mehr gegeben sei. Neben der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans, der Themen Wohnen und Sanieren komme jetzt auch Verbesserungen im Bereich des Denkmalschutzes große Bedeutung zu.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP wollte von der Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen wissen, ob sie generell die Ausstattung des Denkmalschutzes für angemessen halte und ob sie es für möglich erachte, durch Personalverstärkung die Bearbeitungszeiten in den Denkmalschutzbehörden zu verkürzen.

Sodann fragte er, ob die Finanzausstattung der Landesdenkmalpflege in Höhe von 28 Millionen € jährlich aus dem Wettmittelfonds abhängig von den Entwicklungen bei den Wettspielen sei.

Ein Abgeordneter der SPD empfahl mit Blick auf die vorhergehenden Ausführungen des Abgeordneten der CDU, nicht immer wieder nach hinten zu schauen. Trotzdem wäre es für ihn interessant zu erfahren, ob denn in den letzten fünf Jahren, als die Zuständigkeit für den Denkmalschutz beim CDU-geführten Wirtschaftsministerium gelegen habe, wirkliche Veränderungen in den Strukturen der Denkmalschutzbehörden stattgefunden hätten.

Die Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen antwortete zunächst, wie in allen Bereichen in Baden-Württemberg gebe es auch beim Denkmalschutz einen Fachkräftemangel. Dieser sei hier jedoch besonders relevant, weil in der dreistufig aufgebauten Denkmalverwaltung ganz speziell ausgebildete Fachleute benötigt würden. Dieser Fachkräftemangel hier habe natürlich auch Auswirkungen auf die Bearbeitungszeiten in den Genehmigungs-

Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen

verfahren und mache die Situation auch im Übrigen keineswegs leichter. Derzeit überlege sie, inwieweit es auch nach Gesprächen mit dem Wissenschaftsministerium möglich sei, über die Hochschulen, die Wissenschaft junge Menschen für ein Studium, für eine Ausbildung in Sachen Denkmalschutz und Denkmalpflege, aber genauso für Archäologie zu begeistern.

Der Betrag von jährlich rund 28 Millionen € für die Landesdenkmalpflege aus dem Wettmittelfonds sei ein fester Anteil aus dem Wettspielaufkommen. Im Haushaltsjahr 2022 seien im Rahmen des Sonderprogramms „Wohnen im Denkmal“ 2 Millionen € dazugekommen mit dem Ziel, auch auf diesem Weg mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Zum Bereich Digitalisierung in der Denkmalpflege wies die Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen darauf hin, dass mit einer Öffentlichkeitsoffensive für Denkmäler in Baden-Württemberg Identität gestiftet und Heimat gelebt werden solle. Dazu solle insbesondere mit öffentlich zugänglichen Denkmalinformationen in einem Denkmalportal Transparenz geschaffen und Interesse geweckt werden. Best-Practice-Beispiele sollten Eigentümerinnen und Eigentümern von Kulturdenkmälern darüber hinaus Informationen zu Beratungsangeboten geben und Know-how vermitteln. Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen sei zurzeit dabei, dieses Denkmalportal aufzubauen.

Im Rahmen einer Maßnahme zum Bürokratieabbau sei ein vereinfachtes Verfahren eingeführt worden, nach dem das LAD Förderfälle mit einer Zuwendungssumme von unter 20 000 € laufend selbst bewilligen könne.

Ein Vertreter des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen ergänzte, zu den 28 Millionen € aus dem Wettmittelfonds werde nicht nur das Förderprogramm in Höhe von 16 Millionen € oder 17 Millionen € bestritten, sondern darunter fielen auch Kosten in der Forschung sowie für Personalstellen. Das Förderprogramm erstreckte sich jeweils auf ein Haushaltsjahr und werde in drei Tranchen abgewickelt, sofern mittlerweile nicht ohnehin vom LAD bis zu 20 000 € im vereinfachten Verfahren zugewendet werden könnten.

Sodann empfahl der Ausschuss dem Plenum einvernehmlich, den Antrag Drucksache 17/1022 für erledigt zu erklären.

3.2.2022

Berichterstattung:

Wald